

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Mehr Touristen

**Pazifik:** Im Jahr 2013 sind 1,7 Millionen Touristen auf die pazifischen Inseln gereist, das entspricht einem Zuwachs von 2,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Top-Destination bleibt zum fünften Mal in Folge Fidschi, dass im letzten Jahr 600.000 Besucher verzeichnete, ein Großteil davon aus Australien und Neuseeland. Stark im Wachstum sind die südostasiatischen Märkte. So konnte die in Suva beheimatete südpazifische Tourismusorganisation *South Pacific Tourism Organisation* (SPTO) einen Zuwachs an Besuchern aus Süd-Korea, China und Hongkong vermelden.

SPTO-Direktor Ilisoni Vuidreketi erklärte die Beliebtheit Fidschis mit der guten Erreichbarkeit durch die bestens ausgebaute Infrastruktur sowie die große Bandbreite an Sport- und Freizeitaktivitäten. Ein großer Vorteil sei auch die Preisspanne: Von einfachsten Backpacker-Hosteln bis zu luxuriösen Hotels auf Privatinseln könne Fidschi den Besuchern alles bieten, so Vuidreketi. (*Flash d'Océanie* 20.05.14, <http://spto.org/>)

### NRO will Thunfisch retten

**Arizona:** Die in Arizona ansässige Nichtregierungsorganisation (NRO) *Center for Biological Diversity* hat eine Eingabe bei der staatlichen amerikanischen Fischereibehörde (*National Marine Fisheries Service*) gemacht, um den Roten Thun vor der Überfischung zu schützen. Nach Angaben der Umweltschutzorganisation ist der Bestand an Roten Thun mit Beginn des industriellen Fischfangs durch Trawler um 96 % gesunken. Grund für die Überfischung ist nach Aussage der für das Center arbeitenden Rechtsanwältin Catherine Kilduff der unbegrenzte Hunger vor allem der Japaner nach Sushi (roher Fisch).

Mit ihrer Eingabe will die NRO die Fischereibehörde dazu bringen, ein Fangverbot für den Roten Thun auszusprechen. Ein rein amerikanisches Fangverbot werde den Thun zwar nicht retten, erklärte Kilduff, doch erhoffe sie sich von einer erfolgreichen Klage eine Beispielfunktion für andere Staaten. Es bedürfe einer Gesamtanstrengung der Staatengemeinschaft, um den Roten Thun vor dem Aussterben zu retten, sagte sie weiter.

*Info:* Der Rote Thun ist ein bedeutender Speisefisch. Er hat tiefdunkelrotes Fleisch, das beim Erhitzen auch dunkel bleibt. Die Thunfischart ist massiv überfischt und steht auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Arten der IUCN (Weltnaturschutzorganisation).

Nach neueren wissenschaftlichen Studien gibt es heute im Mittelmeer und im Ostatlantik nur noch etwa sechs Prozent der ursprünglich vorhandenen Bestände. (*Radio Australia* 20.05.14, *Wikipedia*, <http://www.biologicaldiversity.org/>)

### Frauen gegen Militarisierung

**Neuseeland:** Bei einer dreitägigen Konferenz an der *University of Technology (AUT)* in Auckland haben sich Mitglieder der *Women's International League for Peace and Freedom* (WILPF) aus der Region Asien-Pazifik im Rahmen ihrer jährlichen Mitgliederversammlung über das Thema „Militarisierung des Pazifiks“ ausgetauscht.

An der Konferenz nahmen Friedensaktivistinnen aus Neuseeland, Australien, Hawai'i, Japan, den Philippinen und Französisch-Polynesien teil. In ihrer Begrüßungsansprache sagte Céline Kearney, die Präsidentin des neuseeländischen Zweigs der WILPF, viele Menschen dächten beim Thema Militarisierung nur an die Militärputsche in Fidschi und die französischen Atomwaffenversuche in Polynesien. Darunter fielen jedoch auch die Rüstungsausga-

ben der Länder. So habe Australien im vergangenen Jahr 24 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben. Militarisierung beziehe sich ebenfalls auf die US-amerikanischen Militärbasen im japanischen Okinawa und den geplanten Truppenumzug nach Guam.

Die WILPF verabschiedete die so genannte *Auckland Declaration*. Darin fordern die Frauen u.a. die Verringerung der Rüstungsausgaben zugunsten von Bildung und Programmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kindern. Weiterhin raten sie dazu, auf die Anwerbeaktionen des Militärs an schulischen Einrichtungen zu verzichten, denn dies „normalisiere“ das Soldatentum. Die Frauen sprachen sich auch gegen die staatenübergreifenden militärischen Übungen im Nordwesten des Pazifiks aus. In der Erklärung heißt es weiter: „*We call for recognition of independent countries which are still under colonial military domination*“. Roti Make von der WILPF aus Polynesien bezog sich bei dieser Forderung vor allem auf Hawai'i, die französischen Überseegebiete sowie die indonesische Provinz Westpapua.

Die Konferenz wurde mitveranstaltet von der Nichtregierungsorganisation *Peace Movement Aotearoa* und dem *Pacific Media Centre* der AUT.

*Info:* Die WILPF ist eine nicht-staatliche Organisation. Sie ist die älteste internationale Frauen-Friedensorganisation der Welt. Sie hat ihr internationales Büro in Genf (Schweiz), eine Zweigstelle in New York und besitzt bei den Vereinten Nationen Beraterstatus. Die WILPF hat derzeit 43 nationale Sektionen und weltweit etwa 40.000 Mitglieder. (*Pacific Scoop* 23.04., 27.04.14, <http://wilpfus.org/>, *Wikipedia*)

## Letzte Zeitungsausgabe

**Frz.-Polynesien:** Am 23. Mai ist eine der ältesten und renommiertesten französischsprachigen Tageszeitungen in Polynesien zum letzten Mal als Print-Ausgabe erschienen. Auf der schwarz gefärbten Titelseite der „Les Nouvelles de Tahiti“ standen das Datum der Erstausgabe (26. April 1957) und das Datum der letzten Ausgabe (23. Mai 2014) in weißen Lettern. Nach 16.602 Ausgaben musste die von der *Polynesian Media Group* herausgegebene Tageszeitung aufgrund dramatischer finanzieller Einbußen ihre Print-Produktion schließen. Nach Angaben von Medienexperten ist die Schließung auf Missmanagement und defizitäres Arbeiten der Herausgeber zurückzuführen. Als weiterer Grund wurde die Konkurrenz durch das Internet genannt.

Der Geschäftsführer der Konkurrenz-Tageszeitung „La Depeche de Tahiti“, Louis Bresson, bedauerte die Schließung der Zeitung. Der Verlust eines Meinungsmachers sei auch für die Konkurrenz kein besonders glücklicher Tag, so Bresson.

Die *Polynesia Media Group* gab an, die 16 Angestellten der „Les Nouvelles“ zunächst entlassen und dann erneut für die Produktion der seit Dezember 2008 bestehenden Internetpräsenz der Zeitung

<http://www.lesnouvelles.pf/> eingestellt zu haben. Man werde überprüfen, ob sich zukünftig die Herausgabe einer gedruckten Wochenzeitung mit der Zusammenfassung der wichtigsten Nachrichten lohne, hieß es. (*Pacific Scoop* 25.05.14, [http://www.tahiti-infos.com/Les-Nouvelles-de-Tahiti-Chronique-d-une-mort-annoncee\\_a101660.html](http://www.tahiti-infos.com/Les-Nouvelles-de-Tahiti-Chronique-d-une-mort-annoncee_a101660.html))

## Neuer Klimawandel-Fonds

**Pazifik:** Ende März ist in Suva (Fidschi) ein neues Entwicklungshilfeprogramm der staatlichen amerikanischen Entwicklungshilfeagentur US-AID eingeführt wor-

den. Mit dem auf fünf Jahre angelegten *Pacific-American Climate Fund* (PACAM) in Höhe von 24 Millionen US-Dollar sollen Nichtregierungsorganisationen im Pazifik bei Projekten zur Bekämpfung der Folgen des globalen Klimawandels unterstützt werden. Der Sitz des Projektfonds-Büros ist in den Philippinen. Von dort aus sollen Nichtregierungsorganisationen und auch akademische Einrichtungen in zwölf pazifischen Staaten finanziell unterstützt werden.

(<http://www.pgrd.org/projects/pacam/>, *Fijilive* 24.04.14)

## Neue CFP-Geldscheine als Lippenbekenntnis zum Nouméa-Abkommen

**Frz. Pazifikgebiete:** Die Französische Notenbank für Übersee-Währungsausgaben (*Institut d'émission d'outre-mer*, IEOM) hat zu Beginn des Jahres damit begonnen, in den drei französischen Überseegebieten im Pazifik (Neukaledonien, Frz.-Polynesien und Wallis & Futuna) eine neue Serie von Banknoten im Wert von 500, 1.000, 5.000 und 10.000 CFP-Francs in Umlauf zu setzen.

Die Vorgängernoten werden bis Ende September neben den neuen Scheinen umlaufen und können dann bis auf Weiteres bei den IEOM-Zentralstellen in Papeete, Nouméa und Matā 'Utu gegen neue eingetauscht werden. Die neuen Scheine sind deutlich kleiner als die alten und sind durch neue Sicherheitsmerkmale fälschungssicherer. Während das graphische Gesamtdesign etwas an die Euro-Scheine erinnert, sind ähnlich wie bei der Vorgängerserie auf einer Seite der Scheine landestypische Motive Französisch-Polynesiens, auf der anderen landestypische Motive Neukaledoniens dargestellt.

Der CFP-Franc ist die Währung der französischen Pazifikgebiete und mit einem Festkurs von 0.00838 an den Euro gekoppelt. Notwendig wurde die Neugestaltung der Banknoten durch die Vorgaben des 1998 für Neukale-

donien geschlossenen Nouméa-Abkommens, in dem vereinbart ist, dass die Designs der Banknoten Neukaledoniens „die Kanakische Identität ausdrücken“ sollen. Die Erwähnung eigener Geldscheine im Nouméa-Abkommen ist der entscheidende Grund, warum der CFP-Franc beibehalten werden muss und nicht durch den Euro ersetzt werden kann, wie es bereits häufig von Wirtschaftsinteressen gefordert wurde.

Die bisherigen CFP-Banknoten hatten allerdings auf ihrer neukaledonischen Seite nicht nur kanakische Motive, sondern teilweise Darstellungen französischer Kolonialisten und Kolonialarchitektur. Ursprünglich war es geplant, eine separate Serie für Neukaledonien herauszugeben, auf der die Wertangaben neben Französisch in den wichtigsten kanakischen Sprachen geschrieben sein sollten. Dieser Vorschlag, der dem Nouméa-Abkommen weitgehend gerecht geworden wäre, konnte sich aber nicht durchsetzen. Nur die Rückseite des 10.000 Francs-Scheins trägt eindeutig als „kanakische Identitätssymbole“ erkennbare Motive, ansonsten überwiegen Darstellungen der Tier- und Pflanzenwelt. (*Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quelle: Tahiti-Infos, Tahiti Pacifique, eigene Recherchen*)

## Fidschianerin als „Frau mit Mut“ ausgezeichnet

**Fidschi:** Roshika Deo aus Fidschi ist eine der Preisträgerinnen des amerikanischen Preises *International Women of Courage*. Dieser Preis wird auf Initiative der ehemaligen amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice jährlich seit 2007 am Internationalen Frauentag (8. März) an Frauen verliehen, die sich in besonderer Weise für die Rechte von Frauen einsetzen.

In diesem Jahr wurden zehn Frauen aus Afghanistan, Fidschi, Georgien, Guatemala, Indien, Mali, Saudi-Arabien, Tadschikistan, der Ukraine und Zimbabwe aus-

gezeichnet. Sie waren auf Einladung von Michelle Obama, der *First Lady* der USA, nach Washington in das Außenministerium gekommen, wo ihnen im Rahmen einer Feierstunde die Auszeichnung übergeben wurde.

Roshika Deo hat als erste Frau angekündigt, für die Wahlen im September des Jahres kandidieren zu wollen. Dafür hat die Indo-Fidschianerin eine politische Kampagne unter dem Motto „Be the Change“ gestartet, mit der Frauen ermutigt werden sollen, sich stärker in Politik und Wirtschaft zu engagieren. Deo setzt sich seit Jahren für eine gute Regierungsführung ein. Sie ist ebenfalls eine bekannte Aktivistin im Kampf gegen häusliche sexualisierte Gewalt und gegen die Diskriminierung von Frauen und Mädchen.

(<http://eca.state.gov/highlight/international-women-courage-honored-advancing-rights-women-and-girls>, Fiji Sun 06.03.14)

## Weltweit erstes Öko-Luxushotel eröffnet im Juli

**Frz.-Polynesien:** Am 1. Juli wird das 5-Sterne-Hotel „The Brando“ auf dem zu Französisch-Polynesien gehörenden Atoll Tetiaroa eröffnet. Das Atoll gehört zu den Îles du Vent der Gesellschaftsinseln. Es besteht aus 13 Motus mit einer Gesamtlandfläche von 6,5 Quadratkilometern und liegt 42 Kilometer nördlich der Insel Tahiti.

Der Öffentlichkeit bekannt wurde Tetiaroa 1962 durch die Dreharbeiten zu dem amerikanischen Film „Meuterei auf der Bounty“ unter der Regie von Lewis Milestone. Der US-amerikanische Schauspieler Marlon Brando (1924-2004), der in dem Film Fletcher Christian spielte, pachtete nach Abschluss der Dreharbeiten im Jahr 1965 für 200.000 US-Dollar die Insel für 99 Jahre von dem traditionellen Landeigner.

Von 1970 bis 1990 verbrachte Brando seine Urlaube auf der Insel, meist gemeinsam mit seiner Ehefrau Tarita Tumi Teriipaia, einer tahitianischen Laien-

Schauspielerin, die im Film seine Geliebte spielte und die er 1962 geheiratet hatte. Bis zu seinem Tod im Jahr 2004 stand Brando in einer wechselvollen Liebesbeziehung zu Tarita, mit der er auch zwei Kinder hatte.

Brando wollte sich auf Tetiaroa den Traum von einem autarken Leben im Einklang mit der Natur erfüllen. Hier sollte sich ökologische Landwirtschaft mit Aquakultur, Forschung und Tourismus verbinden. Über seine Vorstellungen hatte sich Brando über Jahrzehnte hinweg mit dem kalifornischen Geschäfts- und Hotelfachmann Dick Bailey unterhalten. Nach Brandos Tod 2004 war Bailey in Verhandlungen mit den Erben Brandos getreten und hatte schließlich deren Einwilligung erzielt, für 120 Millionen Euro eine Öko-Luxushotelanlage auf Tetiaroa zu errichten. Zehn Jahre nach Brandos Tod wird das „The Brando“ nun eingeweiht.

Als erstes Luxushotel weltweit strebt das Hotel die Öko-Zertifizierung LEED Platinum (Leadership in Energy and Environmental Design) an. Dabei handelt es sich um den höchsten Zertifizierungsgrad des 1999 eingeführten Rating-Systems für ökologische Gebäude. Dazu wird das Hotel in fünf Kategorien bewertet:

- 1) Nachhaltige Baustellen
- 2) Wassereffizienz
- 3) Energie und Atmosphäre
- 4) Materialien und Ressourcen
- 5) Luftqualität im Gebäude.

Das Hotel versucht mit diversen Energieeinsparmaßnahmen und der neuesten Technologie, diesen Öko-Standard zu erreichen. So werden Obst und Gemüse im eigenen Garten ohne den Einsatz von Pestiziden angebaut. In den Hotelzimmern läuft eine Klimaanlage, die mittels Meerwasser aus den kalten Tiefseezonen des Ozeans kühlt (Sea Water Air Conditioning). Das spart über 70 % der üblicherweise für Klimaanlagen benötigten Energie ein. Brauchwasser wird ebenfalls aus der Tiefsee gewonnen. Trinkwasser stellt eine Meerwasserentsalzungsanlage her. Entlang der

Landepiste des Atolls sorgen 1.400 Solarpaneele für Ökostrom. Ein mit Kokosnussöl betriebenes Kleinkraftwerk stellt zusätzliche Energie zur Verfügung. Hotelangestellte bewegen sich in Elektroautos über das weitläufige Gelände, den Gästen werden kostenlos Fahrräder, Kayaks und Surfbretter zur Verfügung gestellt.

Ein vom Hotelbetreiber mitfinanziertes Forschungszentrum auf dem Atoll ermöglicht 12 Wissenschaftlern, die marine Flora und Fauna zu erforschen. Die Wissenschaftler sollen auch den Zustand der Korallenriffe überwachen. Mit Vorträgen, Inselwanderungen und Tauchausflügen sollen sie die Hotelgäste für den Umweltschutz sensibilisieren.

*Info:* Eine 96 Quadratmeter große Strandvilla mit privatem Pool für zwei Personen kostet pro Nacht 3.500 €, all inklusive.

(Le Figaro 19.02.14, [www.thebrando.com](http://www.thebrando.com), <http://www.gruenesgeld24.de/infocenter/glossar/leed-zertifizierung.htm>)

## Samoaner gewinnt Kochbuch-Preis

**Samoa:** Der samoanische Fernsehmoderator und Kochbuchautor Robert Oliver ist für die Herausgabe des Kochbuches „Mea'ai Samoa- Recipes and stories from the Heart of Polynesia“ mit dem diesjährigen französischen Preis *Prix Gourmand* in der Kategorie „Kochbuch eines Fernsehkoches“ ausgezeichnet worden. Oliver erhielt die renommierte Auszeichnung im Rahmen der internationalen „Kochbuch-Messe“ vom 19. bis zum 22. Mai im chinesischen Beijing. Der samoanische Koch moderiert im Lokalfernsehen die Kochsendung „Real Pasifik: Food Culture of the South Pacific“ und ist Autor mehrerer Kochbücher mit traditioneller pazifischer Küche.

*Info:* Die *Prix Gourmand* (Gourmand World Cookbooks Award) werden seit 1995 einmal jährlich in verschiedenen Kategorien für Kochbücher sowie für Fachbücher über Weine vergeben. Sie wurden

von Edouard Cointreau ins Leben gerufen. (<http://www.cookbookfair.com/>, *Flash d'Océanie* 23.05.14, <http://realpasifik.com/>, Wikipedia)

## Greenpeace schließt Büro

**Fidschi:** Die internationale Umweltschutzorganisation Greenpeace hat Anfang April nach 20 Jahren ihr Regionalbüro in der fidschianischen Hauptstadt Suva geschlossen. Alle einheimischen hauptamtlichen Mitarbeitenden wurden entlassen. Der für den Pazifik und Australien zuständige Regionalleiter Ben Pearson erklärte, die Schließung des Büros werde keine Folgen für die inhaltliche Arbeit von Greenpeace in der Region haben. Man wolle die gesamte Greenpeace-Arbeit in Ozeanien jedoch bündeln und fokussieren und erarbeite derzeit gerade ein Konzept mit dem Titel „Pacific Net“. Damit gemeint sei ein „Netz“ von Ehrenamtlichen auf den pazifischen Inseln, deren Aktivitäten aus dem Greenpeace-Büro im australischen Sydney koordiniert werden sollen. Die Ehrenamtlichen sollen dabei von zu Hause aus arbeiten, um die Betriebskosten für ein Büro einzusparen. (*Radio NZ Intern.* 09.04.14, <http://www.islandsbusiness.com/2014/5/pacific-update/greenpeace-to-operate-by-remote-control-in-the-pac/>)

## Zwei Journalisten geehrt

**Pazifik:** Der timoresische Redakteur José Belo und der tongaische Zeitungsverleger Kalafi Moala sind anlässlich des *Welttages der Pressefreiheit* am 3. Mai von „Reportern ohne Grenzen“ zu den 100 einflussreichsten „Information Heroes“ gewählt worden.

Erstmals hat die international tätige Nichtregierungsorganisation diese Namensliste veröffentlicht. Nach Angaben der Organisation handelt es sich bei den 100 Personen um Journalisten, die sich in besonderer Weise für den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit, wie in Artikel 19 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*

verankert, engagieren, teils unter Lebensdrohung.

Die 100 „Informationshelden“ seien ein Vorbild, weil sie sich im Interesse des Volkes für die freie Meinungsäußerung einsetzten, hieß es seitens der *Reporter ohne Grenzen*. Auf die Liste wurden Frauen und Männer aus 65 Staaten zwischen 25 und 75 Jahren gesetzt.

*Info:* Der osttimoresische Journalist und Kameramann José Belo wurde wegen seiner indonesienfeindlichen Berichterstattung vor Timors Unabhängigkeit für drei Jahre inhaftiert und im Gefängnis schwer gefoltert. Er hatte u.a. Videos von Folterungen der indonesischen Besatzer an Timoresen außer Landes geschmuggelt. Belo ist Gründer und Herausgeber der wöchentlichen „Tempo Semanal“ und Präsident des timoresischen Presseverbandes. Mehrfach erhielt er auch unter der aktuellen Regierung Drohungen, weil er durch investigative Recherche regierungsinterne Korruptionsskandale aufdeckte.

Der tongaische Zeitungsverleger und Rundfunksprecher Kalafi Moala ist Geschäftsführer des „Taimi Media Network“ in der tongaischen Hauptstadt Nuku'alofa. 1989 gründete er die regierungskritische Tageszeitung „Taimi O Tonga“. Für seine pro-demokratische Berichterstattung in dem Königreich wurde er 1996 für 30 Tage in einem Hochsicherheitstrakt des staatlichen Gefängnisses inhaftiert. Moalas Kommentare aus dem Gefängnis, die er auf Toilettenpapier schrieb und über Besucher aus dem Gefängnis schleuste, wurden während der gesamten Haftdauer in der „Taimi O Tonga“ veröffentlicht.

In den Jahren 2003 und 2004 mehrfach mit einem Publikationsverbot belegt, arbeitete Kalafi weiterhin aus dem Untergrund als Journalist. 2009 gelang es ihm, die bis dahin regierungseigene Zeitung „Tonga Chronicle“ aufzukaufen. Seit 2011 veröffentlicht er auf der Website

<http://www.taimionline.com>

auch Rundfunkfeatures. (*Pressemitteilung Pacific Media Watch* 30.04.14, <http://heroes.rsf.org/en/>, <http://www.smh.com.au/world/timor-journalists-fight-repressive-new-media-laws-20140305-hvga2.html><http://www.thecoconet.tv/island-archives/inspiring-islanders-kalafi-moala/>)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

## Delegation überbringt Geld für Fidschi-Wahl

Anfang März ist eine hochrangige Delegation neuguineischer Politiker nach Nadi (Fidschi) geflogen, um der fidschianischen Regierung 25 Millionen Kina als Unterstützung für die demokratischen Wahlen im September dieses Jahres zu überreichen. Der Scheck wurde von Manasupe Zurenuoc, Chef Staatssekretär der Regierung, und dem neuguineischen Wahlleiter Andrew Trawen noch direkt auf dem Flughafen in Nadi an den fidschianischen Chef des Protokollamtes Jokatama Fotu übergeben.

Die Regierung Neuguineas hatte dem fidschianischen Übergangspräsidenten Voreqe Bainimarama versprochen, die Wahlen mit insgesamt 50 Millionen Kina (ca. 12,5 Millionen Euro) zu unterstützen. Die zweite Tranche soll erst im nächsten Jahr nach erfolgreichen Wahlen überwiesen werden.

Manasupe Zurenuoc sagte gegenüber der englischsprachigen Tageszeitung *Fiji Sun*, PNG habe sich als guter Nachbar verpflichtet gefühlt, den demokratischen Prozess in Fidschi finanziell zu unterstützen. Ein demokratisches Fidschi sei nicht nur gut für PNG, sondern für den Pazifik und die ganze Welt, betonte Zurenuoc. (*Fiji Sun* 03.03.14, *Augenzeugenbericht Pfr. Dr. Traugott Farnbacher* 02. März 2014 in Nadi)

## Finanzielle Verluste durch Klimawandel-Folgen

Nach Angaben des Leiters des *Büros für Klimawandel und Entwicklung* (Office of Climate Change and Development), Varigini Badira, wird Papua-Neuguinea in den kommenden knapp 90 Jahren bis 2100 15,2 % des Bruttoinlandproduktes aufbringen müssen, um die Folgen des Klimawandels abzumildern. Zu der finanziellen Belastung kämen noch die Bedrohung der Umwelt sowie die sozialen Folgen durch erzwungene Migration, erklärte Badira. Schon jetzt litten Menschen in Küstendörfern unter dem Verlust fruchtbaren Ackerlandes. Die Bewohner des Carteret-Atolls befinden sich bereits in einem Umsiedlungsprozess nach Tinputz auf der Insel Bougainville. Ein ähnliches Schicksal drohe den Bewohnern der Insel Manus sowie den Bewohnern der Provinz Milne Bay, warnte Badira.

Badira hatte den Ende 2013 erschienenen Bericht „*Economics of Climate Change in the Pacific*“ der Asian Development Bank (ADB) zum Anlass genommen, auf die finanziellen Folgen des Klimawandels hinzuweisen. Nach Angaben der ADP ist Papua-Neuguinea das pazifische Land mit den größten finanziellen Einbußen.

Laut Berechnungen der ADB wird Timor-Leste 10 % des Bruttoinlandproduktes für die Abmilderung der Klimawandel-Folgen aufbringen müssen, Vanuatu 6,2 %, die Salomonen 4,7 %, Fidschi 4,0 % und Samoa immerhin noch 3,8 %.  
(*The National* 26.03.14, <http://www.cleanbiz.asia/news/climate-change-may-cost-pacific-nations-127-gdp#.U4xEzRDGN6g>)

## PNG beantragt EITI-Mitgliedschaft

Papua-Neuguinea (PNG), Äthiopien und die USA haben im März einen Antrag auf Mitgliedschaft bei der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) gestellt. PNG hat nun drei Jahre

Zeit, um die Vorgaben des EITI zu erfüllen.

*Info:* Die *Initiative für Transparenz* in der Rohstoffwirtschaft wurde im Jahr 2002 auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ins Leben gerufen. Zweck dieser Initiative mit Sitz in Oslo ist es, die Korruption in Entwicklungsländern zu bekämpfen und die so genannte *good governance* zu stärken, indem man Zahlungsströme, die aus rohstofffördernden Unternehmen als Abgaben an den Staat gehen (Steuern, Royalties etc.) und deren Verwendung transparent macht. Damit soll verhindert werden, dass diese Gelder an öffentlichen Haushalten vorbeigeleitet, unterschlagen oder für irgendwelche Zwecke verwendet werden, für die aus gesamtwirtschaftlicher Sicht keine oder nur geringe Priorität besteht.

Viele Privatunternehmen und Nichtregierungsorganisationen sowie Investitionsfonds, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben sich inzwischen im Zusammenhang mit der Förderung von Rohstoffen zur Einhaltung der EITI-Standards verpflichtet. Langfristig sollen die Ziele und Inhalte von EITI ausgebaut und in nationale und internationale Gesetze und Normen integriert werden. 33 Staaten sind inzwischen dabei, den EITI-Prozess umzusetzen. (*Ramu Nickel Blog* 20.03.14, *Wikipedia*, [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/the\\_men/goodgovernance/transparenz/eiti/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/the_men/goodgovernance/transparenz/eiti/index.html))

## Arbeitsplatzverlust in Lihir

Allein in den Monaten Januar bis März hat der australische Bergbaukonzern *Newcrest Mining* 208 Arbeiter in der Goldmine auf der Insel Lihir entlassen. 32 bis dato ausgeschriebene offene Stellen fielen ebenfalls Kürzungen zum Opfer. Grund der Einsparmaßnahmen ist der aktuell niedrige Goldpreis, der *Newcrest* bereits Ende letzten Jahres veranlasst hatte, seine Niederlassung in Brisbane (Queensland) zu schließen.

Im ersten Vierteljahr konnte *Newcrest* in Lihir nur einen Nettogewinn in Höhe von 40 Millionen AUS-Dollar verbuchen. Im vergangenen Jahr hatte der Nettogewinn im gleichen Zeitraum noch 323 Mio. AUS-Dollar betragen.

*Info:* *Newcrest Mining Limited* ist ein australisches Goldbergbauunternehmen mit Sitz in Melbourne. Das Unternehmen ist Australiens führendes Goldunternehmen und weltweit der fünftgrößte Goldbergbaukonzern. Er betreibt vier Minen in Australien, vier in Indonesien, eine in Afrika und zwei in Papua-Neuguinea: Die Gold- und Silbermine „Hidden Valley“ in der Morobe Provinz (in Kooperation mit Harmony Gold) sowie im Tagebergbau die Mine Lihir auf Niolam, der Hauptinsel der vier Lihir-Inseln (Provinz Neuirland). Auf Niolam befindet sich eines der weltweit größten Goldvorkommen. Es wurde 1982 entdeckt und wird seit 1997 gefördert. Im vergangenen Jahr förderte der Konzern 649.340 Unzen Gold. Derzeit sind dort 2.200 Menschen beschäftigt, über 90 % sind einheimische Neuguineer. (*Wall Street Journal* 23.04.14, <http://www.newcrest.com.au/our-business/operations/lihir/>, *Wikipedia*)

## Minenpersonal wird missbraucht

Mit einem Hilferuf haben sich die 33 weiblichen Beschäftigten der Ramu-Nickelmine bei Madang an das Management des Minenbetreibers, den staatlichen chinesischen Konzern *Metallurgical Corporation of China* (MCC), gewandt und um Unterstützung gebeten. Die als Köchinnen, Wäscherinnen und Raumpflegerinnen eingestellten einheimischen Niugini-Frauen beklagten, sie würden von den männlichen Arbeitern der Minengesellschaft wie Sexsklavinnen benutzt. Arbeiter würden sie in ihren Zimmern für mehrere Stunden einsperren und sie dort vergewaltigen. Einige Frauen erklärten, sie böten sexuelle Dienstleistungen freiwillig gegen Bargeld, weil MCC so niedrige Löhne zahle, dass sie davon ihre in den Dörfern im Um-

kreis lebenden Familien nicht unterstützen könnten. Mit den Folgen wie unerwünschten Schwangerschaften, der Übertragung des HI-Virus und den Schlägen ihrer Ehemänner bei Wochenendbesuchen in ihren Heimatdörfern müssten die Frauen alleine zurechtkommen. Sie forderten MCC auf, höhere Löhne zu zahlen und die weiblichen Angestellten besser vor sexuellen Übergriffen zu schützen. (*Ramu Nickel Blog 12.03.14, <http://pubs.iied.org/pdfs/G00965.pdf>, Gespräch mit Rosa Koian, Bismarck Ramu Group am 22.05.14 in Berlin*)

## Erste Gaslieferung

Mit einer feierlichen Zeremonie haben hochrangige neuguineische Politiker, darunter auch Premierminister Peter O'Neill, und Geschäftsleute den Start des LNG-Projektes (Liquefied Natural Gas, Flüssigerdgas) gefeiert. Die Einweihungsfeier fand an der Gas-Aufbereitungsanlage rund 20 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Port Moresby statt. Dorthin wird das Flüssiggas über eine 700 Kilometer lange Pipeline von den im Hochland gelegenen Gasfeldern transportiert. Nach der Aufbereitung des Gases wird es von der Anlage aus zu den Absatzmärkten nach China, Japan und Taiwan transportiert. Alle drei Tage soll ein Containerschiff ablegen und die Gasflaschen aufnehmen.

Die erste Gaslieferung von den Gasfeldern in Hides, Angore und Juha (Hela Provinz) und von den Feldern in Kutubu, Agogo, Moran und Gobe (Southern Highlands Province) erfolgte wesentlich früher, als im Projektplan erarbeitet. Ein Sprecher des Betreibers *Exxon Mobil* bezeichnete dies als sensationellen Erfolg. Das 19 Milliarden teure Projekt von Exxon Mobil hat eine sechsjährige Planungs- und Aufbauphase hinter sich. Die Betreibergesellschaft rechnet mit einer jährlichen Gasförderung von 6,9 Millionen Tonnen während einer 30-jährigen Laufzeit.

*Info:* Die Gasfelder werden betrieben von Exxon Mobil PNG Ltd., einem Konsortium diverser Öl- und Gasfirmen: Hauptanteilseigner mit 33,2 % ist *Exxon Mobil*. Die neuguineische Firma *Oil Search* hält 29 % der Anteile und ist damit zweitstärkster Anteilseigner. Es folgen die einheimische *National Petroleum Company* mit 16,8 %, der australische Energieversorger *Santos* mit 13,5 %, die japanische *Nippon Oil* mit 4,7 % sowie die *Mineral Resources Development Company* (eine genossenschaftliche Vereinigung der traditionellen Landeigner) mit 2,8 %. (*Post-Courier 14.05.14, Radio Australia 29.04.14, <http://www.pnglng.com/>*)

## Lizenz erteilt

Als dritter Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen wie Internet und Telefonie hat die *Awal Telecommunications Corporation Ltd.* aus Dubai (VAE) eine Betriebslizenz der Regierung erhalten. Für den Markteintritt als Anbieter von Smartphones und den entsprechenden mobilen Dienstleistungen zahlte die Awal 790 Millionen Kina (ca. 260 Mio. Euro) an die neuguineische Regierung. Bei einer Zeremonie in der Hauptstadt Port Moresby überreichten der neuguineische Informationsminister Jimmy Miringtoro und der Leiter der *National Information and Communication Technology Authority*, Jackson Kariko, symbolisch dem Geschäftsführer von Awal, Pradeep Kumar und Direktor Muhammad Khan die für zehn Jahre gültige Lizenz. Miringtoro sagte, er freue sich auf den Markteintritt, da Awal zugesichert habe, das Kommunikationsnetz auch in ländlichen Regionen weiter auszubauen. Awal rechnet nach eigenen Angaben mit Neukunden im Bereich des LNG-Projektes und in den Minenstädten des Landes.

Nach den Anbietern *Bmobile* und *Digicel* ist Awal (Abkürzung für: Accelerated with absolute leadership) der dritte Mobilfunkanbieter des Landes. Digicel hat 50 %

Marktanteil im Internet- und Handysektor. (*Post-Courier 06.05.14, <http://www.awalimpex.com/prints-media.html>*)

## BOUGAINVILLE

### Gebäude ausgezeichnet

Die Stadtbibliothek von Arawa („Haus stori“) mit ihrem integrierten Kunst- und Kulturzentrum hat bei einem neuseeländischen Designwettbewerb einen ersten Preis gewonnen. Das Holzgebäude in Arawa erhielt den jährlich seit 1975 vergebenen Preis „Timber Design Award“ sowohl für die beste Nutzung der einheimischen Hölzer als auch für die beste Infrastruktur auf dem Gelände in der Kategorie „Indigenous Timber Showcase and Outdoor Infrastructure“.

Die Bibliothek wurde von dem Architekten Paul Kerr-Hislop und seinem Büro *Art & Architecture* im Auftrag des *Bougainville Library Trust* innerhalb von zwei Jahren errichtet.

Vergeben wurde der Preis von *NZ Wood - for a better world*, einer Organisation, die sich für die nachhaltige Nutzung einheimischer Wälder, deren Bewirtschaftung und Aufforstung einsetzt.

(*Radio Australia 27.03.14, <http://www.nzwood.co.nz/timber-design-awards/timber-design-awards-2014/indigenous-timber-showcase-award/bougainville-library/>*)

## SALOMONEN

### Flutkatastrophe fordert 23 Opfer

Die von dem tropischen Wirbelsturm *Ita* Anfang April ausgelösten heftigen Niederschläge und die daraus resultierenden Überflutungen haben 23 Menschenleben gefordert, darunter acht Kinder unter sieben Jahren. Besonders betroffen von der Sturzflut war die Hauptstadt Honiara, weil hier an drei Stellen der Fluss Mataniko über die Ufer trat. 50.000 Menschen waren betroffen, das ent-

spricht 10 % der Gesamtbevölkerung. Die Regierung rief gleich zu Beginn der Flutkatastrophe am 4. April den nationalen Notstand aus und stellte kurzfristig 30 Notaufnahmehäuser im Stadtgebiet zur Verfügung. 30.000 Hauptstadtbewohner wurden obdachlos und nutzten die Notunterkünfte. Über 9.000 Menschen auf den Inseln Guadalcanal und Isabel verloren die gesamte Ernte, weil ihre Gärten komplett zerstört und mit Schlamm überzogen wurden.

Noch Mitte Mai befanden sich nach Angaben von *Reliefweb* 2.500 obdachlos gewordene Menschen in acht Notaufnahmehäusern in Honiara.

Die Versorgung mit Trinkwasser blieb auch im Mai nicht gewährleistet. Der am 24. April vom Krisenstab der Regierung verabschiedete *Humanitarian Action Plan* sieht vor, in den nächsten drei Monaten 13,6 Millionen US-Dollar zum Wiederaufbau der Trink- und Abwasserversorgung sowie der Behausungen in Honiara zur Verfügung zu stellen.

Das Büro der Vereinten Nationen zur Koordination humanitärer Einsätze (OCHA) bezeichnete die Überflutungen als „*die schlimmsten in der Geschichte der Salomonen*“ (Zitat). Unterorganisationen der Vereinten Nationen, das Internationale Rote Kreuz sowie die Regierungen von Neuseeland und Australien entsandten Katastrophenteams in die Region, um die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Notunterkünften und dringend benötigter Kleidung zu unterstützen.

Der australische Premierminister Tony Abbot kondolierte seinem salomonischen Amtskollegen zu den 23 Todesopfern und sagte, Australien werde sich längerfristig beim Wiederaufbau engagieren. (<http://reliefweb.int/disaster/fl-2014-000045-slb>, <http://www.unocha.org/top-stories/all-stories/solomon-islands-worst-flooding-history>), <http://www.unfpa.org/public/home/news/pid/17400>, SIBC 15.05.14)

## Unterstützung durch die Weltbank

Der salomonische Finanzminister Rick Hou und Franz Drees-Gross, der Vertreter der Weltbank für die pazifischen Inselstaaten, haben Anfang April im australischen Sydney ein Abkommen über die Finanzierung zweier Entwicklungshilfeprojekte auf den Salomonen unterzeichnet. Die Weltbank wird mit 13 Millionen US-Dollar das *Sustainable Energy Project (SISEP)* der Salomonen fördern. Bei diesem Projekt geht es darum, das Stromnetz in der Hauptstadt Honiara zuverlässig weiter auszubauen, damit es in der 65.000 Einwohner zählenden Stadt nicht zu permanenten Stromausfällen kommt. Das SISEP läuft bereits seit dem Jahr 2008 und hat zu messbaren Erfolgen in der Energieversorgung geführt: Fiel der Strom im Jahr 2007 noch für jährlich 864 Stunden aus, so sank diese Quote auf nur noch 124 Stunden im Jahr 2012.

Mit 9,13 Millionen US-Dollar wird die Weltbank ebenfalls das *Community Resilience to Climate Change and Disaster Risk in Solomon Islands Project (CRISP)* unterstützen. Hier geht es darum, die Risiken für die Bevölkerung, von den Folgen des Klimawandels wie der Zunahme von Zyklonen oder Überschwemmungen betroffen zu werden, zu minimieren sowie Anpassungsstrategien an die Klimawandelfolgen zu entwickeln. Das CRISP-Projekt ist auf fünf Jahre angelegt. Es soll vor allem den rund 79.000 Menschen in den infrastrukturell wenig erschlossenen Regionen der Salomonen zugute kommen. (*Solomon Star* 02.04.14, <http://www.worldbank.org/projects/P112613?lang=en>)

## Botschaft in Neuseeland eröffnet

Mitte März hat der salomonische Premierminister Gordon Darcy Lilo in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington die Botschaft der Salomonen eröffnet. Es ist die siebte Botschaft der Salo-

monen weltweit (Australien, Belgien, Fidschi, Papua-Neuguinea, Taiwan, USA) und die erste in Neuseeland. Lilo sagte, es sei höchste Zeit zu diesem Schritt gewesen. Die Beziehungen der Salomonen zu Neuseeland hätten sich in den letzten Jahren vertieft. Mittlerweile ginge es nicht mehr nur um die neuseeländische Entwicklungshilfe, sondern auch um personellen Austausch zwischen den beiden Staaten. Viele Solomon Islander studierten, arbeiteten und verheirateten sich in Neuseeland. Einige kämen regelmäßig im Rahmen des *Regional Seasonal Employment Scheme* als Ernte- und Saisonarbeiter nach Neuseeland. Im vergangenen Jahr wären des Übrigen 7 % aller Touristen auf den Salomonen aus Neuseeland gekommen, berichtete Lilo.

Seitens der neuseeländischen Regierung hieß der parlamentarische Staatssekretär im Außenministerium, John Hayes, die salomonischen Botschaftsangehörigen in Wellington willkommen. Hayes sagte, er freue sich auf die noch intensivere Zusammenarbeit der beiden Staaten. (*Solomon Star* 13.03.14, <http://embassy.goabroad.com/embassies-of/solomon-islands>)

## Privatbank erhält Lizenz

Die *Central Bank of the Solomon Islands (CBSI)* hat am 17. April der *Pan Oceanic Bank Limited* als erster Privatbank eine Banklizenz für die Salomonen erteilt. Ein CBSI-Sprecher begrüßte den Markteintritt der Privatbank und sagte, man erhoffe sich durch die neue Konkurrenzsituation Vorteile für Privat- und Geschäftskunden. (*Radio NZ Intern.* 23.04.14, <http://pobs.com/>)



## FIDSCHI

### Neuer Polizeipräsident

Der weiße Südafrikaner Bernadus Groenewald ist zum neuen Polizeipräsidenten von Fidschi berufen worden. Er trat sein Amt bereits Mitte Mai an. Auf die hochrangige Stelle bei der *Fiji Police Force* hatten sich 18 Menschen beworben, fünf waren zum Vorstellungsgespräch nach Suva eingeladen worden. Nach Angaben des Premierministers Voreqe Bainimarama habe Groenewald als Einziger voll und ganz dem Stellenprofil entsprochen.

Der bereits pensionierte Polizist im Rang eines General-Majors hat über 42 Jahre im Dienst der südafrikanischen *Defence and Security Forces* gestanden, unter anderem war er in Südafrika zuständig für die Bewachung der Präsidenten. (*Fijilive* 11.05.14, *Fiji Times* 02.05.14)

### Bainimarama gründet *Fiji First Party*

Der fidschianische Übergangspräsident und frühere Vorsitzende der fidschianischen Streitkräfte, Voreqe Bainimarama, hat seine neue *Fiji First Party* am 5. Mai 2014 offiziell bei der zuständigen Behörde registriert. Bei der Registrierung legte er 40.083 Unterschriften von Unterstützerinnen und Unterstützern vor. In den Wochen vor der offiziellen Registrierung war Bainimarama persönlich mit einem mit Parteilogo versehenen Bus durch das Land und in abgelegene Regionen gereist, um der Bevölkerung seine neue Partei vorzustellen und um Unterstützung zu bitten. Angaben zur Folge soll er bereits in den ersten acht Stunden seiner Tour mehr als die für die Parteigründung erforderlichen 5.000 Unterschriften erhalten haben. Im Rahmen seiner Tour durch das Land gab es auch Berichte über zweifelhafte Entscheidungen von Dorfräten, die bereits während des Besuchs von Bainimarama bekanntgaben, dass

das gesamte Dorf ihn bei den im September stattfindenden Wahlen unterstützen werde. Über die politischen Inhalte der Partei ist derzeit noch wenig bekannt. Bainimarama versicherte bei verschiedenen Anlässen jedoch, dass sie sich an alle Fidschianerinnen und Fidschianer unabhängig ihres kulturellen Hintergrundes richte und dass die Partei einen besonderen Fokus auf die Entwicklung abgelegener und ländlicher Regionen legen wolle.

Personell scheint sich die Führungsriege der *Fiji First Party* weitgehend mit den Mitgliedern der derzeitigen Übergangsregierung zu decken. So wurde der Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum, der von vielen Beobachtern als einflussreichstes Mitglied der Übergangsregierung nach Bainimarama bezeichnet wird, zum Generalsekretär der neuen Partei ernannt. Den Vorsitz der Partei übernimmt zunächst die derzeitige Frauenministerin Juko Luveni. Bainimarama selbst wird als Spitzenkandidat der Partei in die Wahl im September gehen und kann sich sehr gute Chancen darauf ausrechnen, aus den Wahlen als Premierminister hervorzugehen. Bis ins vergangene Jahr hatte Bainimarama, der seit einem Militärputsch 2006 die Regierungsgeschäfte Fidschis leitet, stets versichert, er plane nicht bei den anstehenden Wahlen zu kandidieren. (*Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin. Quellen: Islands Business Online 18.03.14, 08.04.14, 06.05.14, Wikipedia*)

### Wahlen finden am 17.09. statt – wenn es ausreichend Kandidierende gibt

Die Vorbereitungen für die im September stattfindenden Wahlen laufen weiter. Inzwischen wurde als Wahltermin offiziell der 17. September 2014 festgelegt. Allerdings sind noch viele Einzelheiten ungeklärt. So gab die Wahlkommission beispielsweise Ende April erstmals bekannt, dass die Wahl nicht, wie bisher angekündigt, an lediglich einem Tag stattfinden werde, sondern dass es insbe-

sondere in abgelegenen Regionen bereits die Möglichkeit geben werde, vor dem offiziellen Wahltermin seine Stimme abzugeben. Angaben zur Folge wird es den nach derzeitigem Stand fünf kandidierenden Parteien in den letzten zwei Wochen vor dem offiziellen Wahltermin nicht mehr erlaubt sein, noch Wahlkampf zu betreiben. Auch bemüht sich die Übergangsregierung noch darum, 14.000 Wahlhelfer für die Unterstützung bei der Durchführung der Wahlen zu gewinnen. Möglicherweise könnte es sich jedoch erst am 22. August herausstellen, ob die Wahlen tatsächlich wie geplant stattfinden: Erst dann steht fest, ob die einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten der teilnehmenden Parteien auch für die Wahl zugelassen werden. Registrieren können sie sich bis zum 18. August. Nach Angaben des zuständigen Ministeriums findet die Wahl nur dann statt, wenn mindestens 50 Kandidierende zur Wahl zugelassen werden. Proteste gab es zudem zuletzt dagegen, dass Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum auch nach seiner Ernennung zum Generalsekretär der neuen *Fiji First Party* für die Durchführung der Wahlen zuständig bleiben soll. Er lehnte es ab, sein Amt als für die Wahlen zuständiger Minister abzugeben, wie mehrere andere Parteien in Fidschi es zuvor verlangt hatten.

Zunehmend eingebunden in die Wahlvorbereitungen werden Australien und Neuseeland. Nachdem sich die Beziehungen zwischen Fidschi und den beiden größeren Nachbarn zuletzt erheblich entspannt haben und Australien und Neuseeland zahlreiche Sanktionen gegen Fidschi aufgehoben haben, kommt es wieder zu regelmäßigem Austausch zwischen den Regierungen. Nach Auskunft eines Staatssekretärs des australischen Außenministeriums sei Australien zufrieden mit den Fortschritten bei der Vorbereitung der Wahlen. Nachdem Fidschi sich lange Zeit externe Einmischung bei der Wahlvorbereitung und – durchführung verbeten und ausländische Hilfsangebote abgelehnt



hatte, ist die fidschianische Übergangsregierung nun sogar auf Australien zugegangen, um Australien zu bitten, die Leitung einer Beobachtermission während der Wahlen zu übernehmen. Bereits jetzt steht fest, dass neben Australien auch Neuseeland und Indien die Wahlbeobachtermission unterstützen werden. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin. Quellen: Islands Business Online 11.04.14, 23.04.14, 24.04.14, 29.04.14, 30.04.14, 08.05.14, 19.05.14)

### Moses Tikoitoga wird Bainimarama-Nachfolger bei den Streitkräften

Moses Tikoitoga hat am 5. März 2014 die Leitung der fidschianischen Armee übernommen. Damit folgt er auf Übergangspräsident Voreqe Bainimarama, der von seiner Funktion als Vorsitzender der fidschianischen Streitkräfte zurückgetreten war, nachdem er seine Kandidatur bei den Wahlen im September angekündigt hatte. Tikoitoga gehört den Streitkräften seit 33 Jahren an und hat ebenso wie viele führende fidschianische Militärangehörige umfangreiche internationale Erfahrungen. Unter anderem hat er als Blauhelmsoldat für die Vereinten Nationen im Libanon, im Irak, in Timor-Leste und auf der Sinai-Halbinsel gedient. In einem Interview nach Amtsantritt unterstrich er, dass die Rolle des Militärs in der neuen fidschianischen Verfassung eindeutig geklärt sei und die Soldaten sich an diese Vorgaben halten und eine gewählte Regierung unterstützen würden. Die Möglichkeit zukünftiger Militärputsche wollte er jedoch nicht vollständig ausschließen, da es Aufgabe der Streitkräfte sei, die Verfassung zu schützen – mit oder ohne Coups. Gleichzeitig lobte er die Arbeit der fidschianischen Streitkräfte, deren Stärke nicht in der modernsten Ausrüstung, sondern in der großen Flexibilität und der Verrichtung guter Arbeit auch mit geringer Ausrüstung liegen würde. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin. Quelle: Islands Business April 2014)

### Mindestlohn eingeführt

Nach langen Verhandlungen im vergangenen Jahr, über welche wir in vergangenen Ausgaben berichtet haben, ist am 1. März 2014 offiziell der fidschianische Mindestlohn von zwei Fidschi-Dollar pro Stunde in Kraft getreten. Dies entspricht etwa 0,80 Euro pro Stunde. Nach Angaben der Regierung profitieren von dem Mindestlohn mindestens 72.000 Beschäftigte, die nicht unter bereits zehn bestehende gesetzliche Regelungen fallen, welche Angestellten unterschiedlicher Branchen höhere Löhne zusagen. Unter der neuen gesetzlichen Regelung müssen Arbeitgeber dem zuständigen Ministerium Informationen zukommen lassen, die belegen, dass alle Angestellten mindestens zwei Fidschi-Dollar pro Stunde erhalten. Sollte ein Arbeitgeber dieser Informationspflicht nicht nachkommen, droht ihm zunächst ein Bußgeld von 100 Fidschi-Dollar (etwa 40 Euro). Im Fall einer Verurteilung droht Arbeitgebern, die gravierend gegen die neue Gesetzeslage verstoßen, eine Strafe von bis zu 20.000 Fidschi-Dollar (etwa 8.000 Euro) oder zwei Jahren Haft. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin. Quelle: Islands Business Online 19.3.14)

## VANUATU

### Neuer Premierminister

Am 15. Mai wurde Premierminister Moana Carcasses Kalosil durch ein Misstrauensvotum gestürzt. 35 Abgeordnete hatten gegen ihn, elf für ihn gestimmt. Der 1963 in Tahiti geborene Politiker von der Partei *Green Confederation* war erst am 23. März 2013 mit den Stimmen von 34 der 52 Abgeordneten zum Nachfolger des zurückgetretenen Premierministers Sato Kilman gewählt worden.

Zum Nachfolger Carcasses wurde mit 40 von 52 Stimmen der Parlamentarier Joe Natuman gewählt. Er war der einzige Kandidat für den Posten des Premiers. Der 1952 geborene Ni-Vanuatu sitzt

seit 1995 für den Wahlbezirk Tana im Parlament. In den vergangenen Jahren hatte er verschiedene Ministerämter inne. Er ist Mitglied der *Vanuaaku Party*.

Natuman kündigte einen Richtungswechsel in der Politik an und sagte nach seiner Amtseinführung, er wolle „back to the roots“. Vanuatu müsse sich wieder auf traditionelle Werte beziehen und das Streben nach Wachstum und Fortschritt kritisch betrachten. Das Land und die Menschen dürften nicht über ihre Verhältnisse leben. In diesem Zusammenhang kritisierte Natuman die von seinem Vorgänger initiierten Projekte zum Bau eines Großflughafens und dem Ausbau der Regionalflughäfen. Auch bemängelte er die gängige Praxis der letzten Regierungen, Diplomatenpässe gegen Zahlung hoher Summen an Geschäftsleute auszustellen.

Tony Wilson, Herausgeber der regierungskritischen Zeitung „Vanuatu Independent“, sagte in einem Interview mit *Radio Australia*, das Misstrauensvotum sei still und leise vor sich gegangen. Weder die Einwohner noch die Medien hätten geahnt, dass sich ein erneuter Regierungswechsel ankündige, sagte Wilson. Er vermute, die Abwahl von Carcasses habe auch andere Gründe: Carcasses sei kein einheimischer Ni-Vanuatu, sondern Polynesier. Über diese Art von Diskriminierung dürfe man natürlich nicht laut reden, aber das sei etwas, das die Menschen sehr beschäftige. Wilson sagte weiter, die Bevölkerung Vanuatus sei der vielen Regierungswechsel der letzten Jahre müde. Ironisch kommentierte Wilson, von der Neubesetzung der Regierungsposten profitierten einzig und allein die Autohändler, weil sich jeder neue Premier als erstes für sich und seine Entourage einen Neuwagen bestelle. (*Radio Australia* 16.04.14, <http://parliament.gov.vu/Members/10th%20Legislature%20Biography/Hon.%20Joe%20Natuman.html>, Wikipedia)

## 71 Saisonarbeiter für Australien

Die australische Regierung hat der Zeitarbeitsfirma *Pacific Crop Harvesting* die Lizenz erteilt, Erntehelfer im Rahmen des *Recognized Seasonal Employment Scheme* auch in Vanuatu anzuwerben. Dafür eingesetzt hatte sich Emmanuel Bani, ein gebürtiger Neuguineer mit australischer und neuguineischer Staatsangehörigkeit. Bani ist Geschäftsführer von *Crop Harvesting*. Diese im Jahr 2009 gegründete Zeitarbeitsfirma hat sich auf das Anwerben von saisonalen Erntehelfern für die australischen Farmen spezialisiert.

Erstmals wurden nun mit Beginn der Erntesaison Ende März 71 Arbeiter aus Vanuatu angeworben. Bani war eigens nach Vanuatu gereist, um vor Ort für den Ernteeinsatz in Australien zu werben und Interessenten über die strengen Verhaltensregeln auf den Plantagen aufzuklären (Alkohol nur in Maßen, keine Drogen, kein Lärm während der Nachtruhe). (*Vanuatu Daily Post* 19.03.14, <http://www.pacificcropharvesting.com/>)

## Anerkennung von Georgien

Die Regierung von Vanuatu hat zum 1. April diplomatische Beziehungen zu Georgien aufgenommen und im gleichen Atemzug die diplomatischen Beziehungen zur Autonomen Republik Abchasien und zu Südossetien abgebrochen. Zu diesen beiden Ländern hatte die frühere Regierung unter Premierminister Sato Kilman vor einem knappen Jahr Beziehungen aufgenommen.

Tuvalu hat ebenfalls die diplomatischen Beziehungen zu Abchasien und Südossetien abgebrochen und stattdessen die diplomatischen Beziehungen zu Georgien erneuert. Bei einem Besuch des tuvaluischen Außenministers Taukelina Finikaso Ende März in der georgischen Hauptstadt Tiflis sagte dieser, Tuvalu anerkenne Georgien als unab-

hängigen Staat und Abchasien und Südossetien als integralen Bestandteil dieses Staates.

Als einziger pazifischer Inselstaat unterhält Nauru nun noch Beziehungen zur Autonomen Republik Abchasien und Südossetien und erkennt diese beiden Territorien als eigenständige Länder an.

*Info:* Die *Autonome Republik Abchasien* ist eine autonome Republik innerhalb Georgiens und erstreckt sich über die Region Abchasien. De facto wird die Staatsgewalt in Abchasien jedoch seit 1994 von der – von Georgien unabhängigen – Republik Abchasien ausgeübt. Während einige Staaten, darunter etwa Russland, Venezuela und Nauru, die Republik Abchasien anerkannt haben, wird die georgische Exilregierung der Autonomen Republik Abchasiens noch immer von der großen Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft als rechtmäßige Regierung in Abchasien anerkannt.

Südossetien ist eine gebirgige Region unmittelbar südlich des Kamms des Großen Kaukasus.

Sie wird von den meisten Staaten als Teil Georgiens angesehen, ist de facto jedoch unabhängig und untersteht nicht der Zentralmacht in Tiflis. Nur vier Staaten erkennen die staatliche Souveränität Südossetiens an: Russland, Nicaragua, Venezuela und Nauru.

(*Radio Australia* 02.04.14, *Radio NZ Intern.* 02.04.14, *Wikipedia*)

## KANAKY-NEUKALEDONIEN

### Ergebnisse der Provinzialwahlen 2014

Am 11. Mai 2014 fanden in Neukaledonien Wahlen zu den drei Provinzparlamenten (Süd- und Nordprovinz, sowie Provinz der Loyauté-Inseln) sowie zum neukaledonischen Kongress statt.

Das erste Fazit aus den Provinzialwahlen ist die niedrige Wahlbeteiligung: 69 % gegenüber 72 %

im Jahr 2009, obwohl die Prognosen angesichts der hohen Bedeutung dieser letzten Legislaturperiode des Vertrags von Nouméa eine Rekordbeteiligung vorausgesagt hatten.

Die beiden historischen „Blöcke“ von Unabhängigkeitsgegnern und -befürwortern sind in Bezug auf die Anzahl der Wählerstimmen enger zusammengerückt. Das Lager der Unabhängigkeitsgegner hält nunmehr 29 Sitze im neukaledonischen Kongress und die Unabhängigkeitsbefürworter 25 der insgesamt 54 Sitze, wodurch der Abstand auf vier Sitze zusammengeschrumpft ist. Vor allem ergibt sich aus der neuen Sitzverteilung aber der Zwang zu Koalitionen, da die stärkste Fraktion, die rechtsgerichtete *Calédonie Ensemble*, mit 15 Sitzen nicht allein regieren und Entscheidungen fällen kann.

Am 23. Mai wurde von den Abgeordneten schließlich der Kongresspräsident gewählt. Die Abstimmung konnte Gaël Yanno für sich entscheiden, da er sämtliche 29 Stimmen der Unabhängigkeitsgegner auf sich vereinte. Die Unabhängigkeitsbefürworter hingegen konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen, und so traten Caroline Machoro-Reignier (UC-FLNKS) und Emile Néchoro (UNI-Palika) gegeneinander an. Machoro-Reignier erhielt 15 Stimmen, Néchoro neun bei einer Enthaltung.

Im Zeitraum 2014-2018 obliegt es dem neugewählten Kongress mit seinem Präsidenten Yanno, ein Referendum über die Loslösung von Frankreich und die Umwandlung Neukaledoniens in einen souveränen, politisch unabhängigen Staat zu organisieren.

In der Südprovinz, eine traditionelle Bastion der Unabhängigkeitsgegner, hat die Wählerliste *Liste Unitaire Indépendiste* Zuwächse zu verzeichnen und 18 % der Wählerstimmen (sieben Sitze) erhalten. In der Nordprovinz hat die Palika (*Parti de Libération Kanak*) des scheidenden Präsidenten Paul Néaoutiyine die Wahlen er-

neut gewonnen, obwohl die zweite große Unabhängigkeitspartei *Union Calédonienne* (UC) genauso viele Sitze wie die PALIKA erzielt hat (neun Sitze). Damit obliegt es den vier gegen die Unabhängigkeit eingestellten Parlamentariern, die Rolle des Schiedsrichters bei der Wahl der Provinzpräsidenten zu spielen.

In der Provinz der Loyauté-Inseln ist die *Union Calédonienne* erneut stärkste Kraft geworden, sie hat sechs Parlamentssitze erzielt. Néko Hnépéune wird somit seine dritte Amtszeit als Provinzpräsident der Loyauté-Inseln antreten. Die Liste der Unabhängigkeitsgegner um Simon Loueckhote hingegen hat es nicht geschafft, ins Parlament der Insel-Provinz einzuziehen. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittelglied Dr. Matthias Kowasch, Bremen. Quellen: Angélique Souche und Angela Palmieri für Calédonie 1ère, veröffentlicht am 12.05.2014 und 23.05.2014 (<http://nouvellecaledonie.la1ere.fr>))

## Produktion der Nickelhütte von Vale weiter ausgesetzt

Am 7. Mai 2014 kam es in der Nickelverarbeitungsfabrik von Vale im Süden Neukaledoniens erneut zu einem Unfall: 100 Kubikmeter Abwässer, die in einem Rückhaltebecken gelagert wurden und die neben Salzsäure auch verschiedene Metallrückstände enthielten, gelangten in den Fluss „Creek Nord“. Bereits im April 2009 waren 2.500 Liter Schwefelsäure in den Flusslauf geleitet worden, was zum Tod von ca. 1.800 Fischen führte. Der Nickelkonzern Vale war daraufhin zu 344.000 € Schadensersatz verurteilt worden. Seit 2009 wurde nun bereits der sechste Unfall in der Nickelhütte registriert.

Der Unfall kommt für Vale zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt, da die Produktion nach dem Bruch des Abwasser-Entsorgungsrohres Ende 2013 mehrere Wochen ausgesetzt war und die Fabrik nun wieder ihren vollständigen Betrieb aufnahm. Bevor die Produktion nun seit dem 9. Mai erneut ausgesetzt wurde,

hatte Vale eine Nickelproduktion von ca. 40.000 Tonnen Ferronickel für 2014 geplant.

Das Baden in der nahegelegenen Pronybuch wurde nun vorläufig verboten. Die Flussverschmutzung führte bei der lokalen Bevölkerung, bei Naturschutzverbänden und auch in der Politik zu großem Unmut. Die Nickelhütte von Vale liegt in einem ökologisch sensiblen Gebiet mit einer bedeutenden Artenvielfalt und unweit eines Teils der neukaledonischen Lagune, die zum UNESCO-Weltnaturerbe zählt.

Insbesondere die Clans der im Süden gelegenen Gemeinde Yaté reagierten wütend auf den neuerlichen Unfall. Am 25. Mai kam es zu Ausschreitungen vor dem Fabrikgelände. Eine Handvoll Jugendlichen hatten mit ausgebrannten Autos und einem Schaufelbagger die Zufahrtsstraße zur Fabrik blockiert und sich eine Straßenschlacht mit der Polizei geliefert. 150 Angestellte, die auf dem Fabrikgelände arbeiteten, wurden evakuiert. Die Entscheidung, wie es mit der Nickelhütte weitergeht und ob das Projekt überhaupt noch eine Zukunft hat, soll Anfang Juni fallen. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittelglied Dr. Matthias Kowasch, Bremen. Quellen: A. Palmieri, S. Duchamp und C. Mestre für Calédonie 1ère auf <http://nouvellecaledonie.la1ere.fr>; <http://fijione.tv>)

## Senat erstellt Charta

Der *Kanak Senat*, ein Gremium mit 16 Vertretern aus den acht „Kulturregionen“ von Neukaledonien, hat Ende April die von ihm verfasste „Peoples Charter“ (Charta des Volkes) veröffentlicht.

Die Charta wurde in Vorbereitung der Volksabstimmung über den künftigen politischen Status des französischen Überseeterritoriums erstellt. Die Senatsmitglieder erhoffen sich die Berücksichtigung der Charta in der Verfassung eines künftig vielleicht unabhängigen Staates Kanaky. In dem Dokument geht es um traditionelle Landrechte, um die Bedeutung des gesprochenen Wortes in Verhandlungen, um die Namen von

Menschen, um die typische Form der Versöhnungszeremonie, um die Bedeutung der Süßkartoffel für die Kultur der Kanaken sowie um die mündlich überlieferten Mythen und Legenden. Auch die hohe kulturelle Bedeutung der kanakischen Sprache wird in der Charta beschrieben.

Senatsmitglied Raphael Mapou erklärte, die Charta solle nicht etwa westliche Institutionen unterminieren, sondern entspringe dem Wunsch der Kanaken nach mehr Mitspracherecht bei den Verhandlungen über die Zukunft.

*Info:* Jede der acht Regionen von Neukaledonien entsendet je zwei Vertreter in den *Sénat coutumier* (Kanak Senat). Dieser ist ein rein beratendes Gremium für die Regierung, er hat keine gesetzgebende Funktion. Die Regierung und das Parlament Neukaledoniens müssen jedoch den Senat kontaktieren, wenn ein neues Gesetz erlassen wird, das die traditionelle Kultur der Kanak unmittelbar betrifft. Zum Beispiel sind dies die Bereiche Landrechte, Familienrechte, Fischfang und Bildung. Auch mit Bergbau beschäftigt sich der Senat. Die Präsidentschaft des Senats wechselt jährlich. Diesjähriger Präsident ist Paul Vakie. (Info Dr. M. Kowasch 27.05.14, Radio NZ Intern. 24.04.14, [http://www.gouv.nc/portal/page/portal/gouv/institutions/senat\\_coutumier](http://www.gouv.nc/portal/page/portal/gouv/institutions/senat_coutumier))

**Impressum:**

Kein Pressedienst  
**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann  
**Kirchliche Nachrichten:**  
 Pfr. Thomas Paulsteiner

„Pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.  
 Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

**Quellen:**  
 Australien Info • Asia Pacific News • BBC News • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Sydney Morning Herald • TahitiPresse • The Lutheran • Wantok • Westpapa-Netzwerk

**Herausgeber:**  
  
**Mission EineWelt**  
Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelischen Kirchen in Europa  
 Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
 Tel. 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120

## MIKRONESIEN

### Gesetzesvorlage zum Jugendschutz eingereicht

**Palau:** Die Parlamentarier Sebastian Marino, Gibson Kanai und Lentcer Basilius haben Mitte April beim Parlament eine Gesetzesvorlage zum Schutz von Kindern und Jugendlichen eingereicht. Die drei Anwälte wollen nun über den „Protection of Minors Act“ beraten lassen. Die Vorlage sieht vor, dass Videofilme und Computerspiele mit sexuellem Inhalt und Gewaltdarstellungen nicht mehr an Jugendliche unter 18 Jahren verkauft oder verliehen werden dürfen, sofern der Jugendliche zur Ausleihstation nicht von einem Elternteil begleitet wird. Die Anwälte schlagen zur praktischen Umsetzung vor, dass Videoshops und Computerspiel-Läden die entsprechenden Medien in einem verschlossenen Schrank hinter der Ladentheke aufbewahren. Außerdem raten sie zur Einstellung von Personal, das sich mit dieser Art von Filmen auskennt und ausleihwillige Erwachsene kompetent beraten kann.

Begründet haben die Anwälte ihren Vorstoß mit der Vorbildfunktion, die Inhalte von Filmen und Videos hätten. Gewaltverherrlichende Filme erhöhten das Aggressionspotential und Sexfilme vermittelten ein falsches Bild von Geschlechterrollen.

Bereits bei der Vorlage des Entwurfs im Parlament wurde heiß diskutiert. Einige Parlamentarier begrüßten zwar die Sache an sich, bemängelten aber die gleichzeitige Einschränkung der persönlichen Freiheiten. Die Verantwortung für das Kindeswohl dürfe nicht vom Erziehungsberechtigten auf den Staat übertragen werden, hieß es seitens der Kritiker. (*Island Times*, 06.05.14)

### Honorarkonsul ernannt

**Palau:** Der texanische Gouverneur James Richard („Rick“) Perry ist am Rande eines Besuchs vom Zweikammer-Parlament *Olbiil Era Kelulau* zum palauischen Honorarkonsul ernannt worden. Der 64-jährige Perry der Republikanischen Partei war mit seiner Frau und seiner Tochter erstmals nach Palau gereist. Begleitet wurde er von zwei amerikanischen Kriegsveteranen. Die Delegation wollte mit ihrem Besuch das Projekt „BentProp“ unterstützen, in dem es darum geht, die Spuren vermisster amerikanischer Soldaten zu finden, die an der Schlacht um Peleliu im Zweiten Weltkrieg beteiligt waren.

*Info:* Die Schlacht um Peleliu fand während des Pazifikkrieges als Teil der Schlacht um die Palau-Inseln vom 15. September bis zum 25. November 1944 statt. Der Kampf um den örtlichen Flugplatz auf Peleliu, einer der Palau-Inseln, war für die US-Amerikaner sehr verlustreich, weil sie die japanischen Verteidiger unterschätzt hatten.

Seit 1999 läuft das BentProp-Projekt im westlichen Pazifik. Hier geht es darum, im Dschungel und im Ozean nach Wrackteilen von Flugzeugen zu suchen, die im Zweiten Weltkrieg abgestürzt sind. Ziel ist es, sterbliche Überreste von vermissten Soldaten zu identifizieren, zu bergen und in Amerika zu bestatten, um den Angehörigen einen Ort der Trauer und letztendliche Gewissheit über den Verbleib der Gefallenen zu geben. (*Oceania TV News* 15.04.14, <http://www.bentprop.org/>, *Wikipedia*)

### Baufirma ausgezeichnet

**Guam:** Die Baufirma „Black Construction Corp.“ aus Guam ist bereits im vergangenen November mit einem Preis des amerikanischen Bau- und Konstruktionshandwerks (*Associated Builders and Contractors*, ABC) ausgezeichnet worden. Die Firma wurde für den erfolgreichen Umbau und

die Renovierung des Gefängnisses von Kosrae (Föderierte Staaten von Mikronesien) geehrt und erhielt den begehrten Preis „Excellence in Construction“ in der Rubrik „Institutional under \$ 5 million“. Besonders betont wurde bei der Preisvergabe an Projektleiter Joselito Gutierrez im Februar dieses Jahres in Hawai'i die Tatsache, dass das Gefängnis von Kosrae während der gesamten Umbauzeit voll funktionsfähig geblieben sei und die Gefangenen nicht hätten ausquartiert werden müssen. (*Marianas Business Journal* 11.03.14, <http://www.blackconstructionguam.com/>)

### Haischutzgebiet eingerrichtet

**Chuuk:** Als letztes der vier Bundesstaaten der Föderierten Staaten von Mikronesien (Kosrae, Yap, Pohnpei, Chuuk) hat das Atoll Chuuk seine exklusive ökonomische Zone zu einem Schutzgebiet für Haie erklärt und damit dem kommerziellen Haifischfang einen Riegel vorgeschoben.

Der Gouverneur von Chuuk, Johnson Elimo, unterzeichnete das entsprechende Gesetz am 8. Mai in der Hauptstadt Weno. Senator Nelson Stephen, der die Gesetzesvorlage erarbeitet hatte, sagte, Haie seien lebendig viel mehr wert als tot. Chuuk lebt von Tauchtouristen, die vor allem zum Wracktauchen kommen, da in den Gewässern Mikronesiens die meisten Wracks aus dem Zweiten Weltkrieg liegen. Rund um die Wracks ist eine bunte, äußerst Haireiche Unterwasserwelt entstanden, die jährlich tausende von Tauchtouristen aus aller Welt anzieht. Die einschlägigen Tauchforen im Internet bezeichnen die Lagune von Chuuk als „heilige Wallfahrtsstätte“ für Taucher.

Cindy Hall, Sprecherin des größten Tauchsportzentrums *Truk Lagoon Dive Center* in Chuuk, erklärte, die Touristen brächten viel mehr Geld ins Land als über den Verkauf toter Haie zu erzielen sei. Neben den an den Staat zu entrichtenden offiziellen Tauchgebüh-

ren würden die Touristen Gebrauch von Beherbergungsbetrieben und dem gastronomischen Angebot machen.

*Info:* Seit dem 16. Jahrhundert war Chuuk im Besitz Spaniens, im Jahr 1898 wurde es eine Kolonie des Deutschen Reiches. Im Ersten Weltkrieg wurde die Insel von Japan besetzt. Der Umstand, dass Chuuk etwa auf halbem Weg zwischen Hawai'i und den Philippinen liegt, machte die Inseln strategisch wertvoll. Die Japaner bauten einen ihrer wichtigsten Marinestützpunkte und stationierten dort den größten Teil ihrer Pazifik-Flotte. Zudem unterhielten sie während des Zweiten Weltkriegs Arbeitslager, wohin sie zwei Drittel der Bevölkerung der Insel Nauru deportierten. Am 17. und 18. Februar 1944 wurde Chuuk im Rahmen der *Operation Hailstone* massiv von Flugzeugen der US-Navy bombardiert. Dabei wurden der japanische Stützpunkt und große Teile der Inseln fast vollständig zerstört. Mehr als 70 vor Anker liegende Kriegs- und Transportschiffe der japanischen Flotte wurden versenkt, außerdem stürzten rund 250 Flugzeuge in die Gewässer ab. (*Kaselehlle Press* 23.05.14, [http://www.100-beste-tauchreviere.de/index.php?\\_reg=truk&\\_md=det, Wikipedia](http://www.100-beste-tauchreviere.de/index.php?_reg=truk&_md=det, Wikipedia))

## Flüchtlinge nach Kambodscha?

**Nauru:** Kambodscha hat Bereitschaft signalisiert, einige der rund 1.200 im Flüchtlingscamp auf der mikronesischen Insel Nauru lebenden Flüchtlinge aufzunehmen. Die Menschen, die in Nauru auf einen Entscheid über ihren Status warten, stammen überwiegend aus Myanmar, dem Irak und dem Iran. Sie hatten versucht, (illegal) nach Australien einzureisen und dort um Asyl zu bitten. Im Rahmen der „Pacific Solution“ nimmt Australien jedoch keine Flüchtlinge im Land selber auf, sondern schickt diese in Flüchtlingscamps nach Nauru oder auf die zu Papua-Neuguinea gehörende Insel

Manus. Dort verbleiben die Menschen, bis das australische Einwanderungsministerium über ihren politischen Status entschieden hat.

Der Bereitschaft der Regierung Kambodschas, Flüchtlinge aufzunehmen, waren Besuche australischer Politiker in der Hauptstadt Phnom Penh vorausgegangen. So hatte im Februar die australische Außenministerin Julie Bishop den seit 1985 amtierenden kambodschanischen Premierminister Hun Sen getroffen, im April war der australische Einwanderungsminister Scott Morrison zu weiteren Verhandlungen nach Phnom Penh gereist.

Bis dato gibt es nur eine mündliche Absprache zwischen den beiden Staaten. Einige australische Medien vermeldeten, dass Kambodscha nur die Menschen aus Nauru aufnehmen werde, die dem Umzug persönlich zustimmten. Auch sollen einem der ärmsten südostasiatischen Länder mit der Aufnahme der Menschen keine Kosten entstehen.

Ouch Borith, parlamentarischer Staatssekretär im kambodschanischen Außenministerium, betonte im Gespräch mit der australischen Presse, dass Kambodscha die Flüchtlinge aus „*rein humanitären Gründen*“ aufnehmen wolle. Australische Gelder spielten bei der Überlegung der Regierung keine Rolle, so Borith weiter. Er wies wiederholt darauf hin, dass es noch kein schriftliches *Memorandum of Understanding* in dieser Angelegenheit gäbe.

*Info:* Im Königreich Kambodscha leben 15,6 Millionen Menschen, über 90 % gehören zum Volk der Khmer. Seit 2004 ist Norodom Sihamoni König mit rein repräsentativer Funktion. Das Land wurde am 9. November 1953 von Frankreich in die Unabhängigkeit entlassen. Es folgten zahlreiche Bürgerkriege sowie von 1975 bis 1979 die Diktatur der Roten Khmer unter Pol Pot, der über 1,5 Millionen Kambodschaner zum Opfer fielen. (*Aljazeera, ABC Radio Australia, The Australian* 30.04.14, *CIA World Factbook*)

## Arbeitsvisa für Flüchtlinge

**Nauru:** Von der australischen Regierung offiziell als „Flüchtlinge“ anerkannte Asylbewerber auf der Insel Nauru können in Zukunft in Nauru leben und erhalten dort kostenlos ein für fünf Jahre geltendes Arbeitsvisum sowie ein für den gleichen Zeitraum geltendes Aufenthaltsvisum. Das geht aus einem an die australische Presse gelangten geheimen Dokument des nauruischen *Department of Justice and Border Control* hervor. Das Dokument trägt den Titel „Information and Q&A to support GoN group messaging to transferencees prior to determination hand downs“.

Die Regierung von Nauru bietet darin an, die Flüchtlinge mit Integrations- und Sprachkursen zu unterstützen und ihnen bei der Arbeitssuche unter die Arme zu greifen. Wer sich selbständig machen möchte, erhält dazu eine Anschubfinanzierung. Die Regierung will auch „Flüchtlingsbeauftragte“ (Settlement Case Worker) einsetzen, die den Flüchtlingen helfen sollen, sich im Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungswesen der Inselrepublik zu orientieren.

Den anerkannten Flüchtlingen soll freigestellt werden, ob sie in ihr Heimatland zurückkehren möchten oder in Nauru bleiben wollen. Damit bleibt ihnen jedoch weiterhin die Einreise nach Australien und ein dauerhafter Aufenthalt in Australien verwehrt. Auch nach Ablauf der fünf Jahre bleibt den Flüchtlingen die Einreise nach Australien verwehrt. Wörtlich heißt es in dem Regierungsschreiben dazu: „*You will not be resettled in Australia.*“

Die Regierung von Nauru behält sich vor, Flüchtlinge mit „schlechtem Charakter“ (engl. Original: *[if] you are not of good character*) auszuweisen. Dazu gehört auch, dass Flüchtlinge nicht öffentlich gegen die Unterbringungsbedingungen im Flüchtlingscamp protestieren dürfen.

*Info:* Auf der 21 Quadratkilometer kleinen Phosphatinsel Nauru leben knapp 10.000 Menschen. Staats- und Regierungsoberhaupt ist seit Juli 2013 Baron Waqa. Nach dem Ende des Phosphatabbaus gelten 90 % der arbeitsfähigen Bevölkerung als arbeitslos. Die anderen 10 % sind Staatsbedienstete in Verwaltung, dem Bildungs- und Gesundheitswesen oder Selbständige. Nauru ist seit 1968 unabhängig und seit 1999 als pazifikweit kleinste unabhängige Republik Mitglied der Vereinten Nationen.

(<http://www.theguardian.com/world/interactive/2014/apr/28/leaked-nauru-resettlement-document-in-full>, Radio Australia 28.04.14, CIA World Factbook)

## MARSHALL-INSELN

### Klage in Den Haag

Am 24. April haben die Marshall-Inseln neun (bzw. acht) Atom-mächte vor dem Internationalen Strafgerichtshof im niederländischen Den Haag wegen „Bruch internationaler Gesetze“ (*flagrant violations of international law*) und „Bruch der Gerechtigkeit“ (*flagrant denial of human justice*) verklagt. Bei den neun Atommächten handelt es sich um: USA, Nordkorea, Pakistan, Großbritannien, Israel, Frankreich, Russland, China und Indien. Ein Regierungssprecher betonte, es ginge den Marshall-Inseln nicht um Kompensationszahlungen, sondern darum, die Atommächte zur Einhaltung der Regeln des *Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen* (kurz: Atomwaffensperrvertrag) zu zwingen. Israel, Indien, Pakistan und Nord-Korea sind jedoch keine Vertragsstaaten des Atomwaffensperrvertrages. Durch die Klage sollen die Atommächte dazu gezwungen werden, den Atomwaffensperrvertrag zu ratifizieren und sich dadurch verpflichten, Atomwaffen nicht mehr zu verbreiten, die Waffen abzurüsten und atomare Energie nur noch zu friedlichen Zwecken zu nutzen.

Zeitgleich reichte die Regierung der Marshall-Inseln unter Außen-

minister Tony DeBrum, einem altgedienten Anti-Atom-Aktivisten, beim *US Federal Court* in San Francisco Klage gegen die USA ein. Dies war nötig, weil die USA den Internationalen Strafgerichtshof und dessen Gerichtsbarkeit nicht anerkennen.

Eine bekannte, namentlich nicht genannte, amerikanische Anwaltsfirma vertritt die Marshall-Inseln *pro bono*. Der Präsident der in Kalifornien beheimateten Nichtregierungsorganisation *Nuclear Age Peace Foundation*, David Krieger, agierte als Berater für die Ausformulierung der Klage. DeBrum sagte, mit der Klage in Den Haag wolle man die Welt nochmals auf die Atomwaffenversuche aufmerksam machen und dafür sorgen, dass zukünftig kein Volk der Welt so viel Leid erfahre wie die Marshalliesen.

*Info:* Zwischen 1946 und 1962 haben die USA 110 Atomwaffentests in den Marshall-Inseln durchgeführt, die größten auf den Atollen Bikini und Enewetak. (*Marshall Islands Journal* 02.05.14, *Radio NZ Intern.* 28.04.14, *The Guardian* 24.04.14)

### Migration nach Guam

Rund ein Viertel der Einwohner der Föderierten Staaten von Mikronesien, der Marshall-Inseln und von Palau lebt 2014 in amerikanischen Bundesstaaten. 32,5 % der 56.000 Migranten aus den o.g. Staaten leben auf der Insel Guam, der südlichsten Insel des Marianen-Archipels im Westpazifik. Guam ist ein nichtinkorporiertes Territorium der USA. Nach Angaben der zweisprachigen Wochenzeitung „*Marshall Islands Journal*“ hat Guam den Bundesstaat Hawai'i in der Beliebtheitsskala der Migranten abgelöst. (*Marshall Islands Journal* 14.04.14)

### College für Energiesparen ausgezeichnet

Das *College of the Marshall Islands* ist Ende März von der Regierung zum „Sieger der Energieeinsparung“ gekürt worden. Die

Ernennung fand im Rahmen eines dreitägigen Workshops zur Energieeffizienz auf dem Uni-Campus statt. Das College hat auf seinen zwei Gebäuden Solarpaneele und Windräder installiert und konnte so die monatlichen Energiekosten auf 29.000 US-Dollar drücken (Zum Vergleich: Das Parlamentsgebäude in Majuro benötigt Energie im Wert von 80.000 US-Dollar monatlich).

Nach Angaben eines College-Sprechers sollen in einem zweiten Schritt alle Lampen der Hochschule gegen energiesparende LEDs ausgetauscht werden. (*Marianas Variety* 25.02.14, <http://www.cmi.edu/>)

## POLYNESIEN

## WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

### Moratorium aufgehoben

**Tonga:** Das tongaische Kabinett hat Ende März das Moratorium über die Ernte und den Export von Seegurken mit Wirkung zum 1. April 2014 aufgehoben. Das Moratorium war seit 2012 in Kraft und sollte eigentlich für drei Jahre bis 2015 gelten. Auf Druck der hohen Nachfrage nach Seegurken aus Asien hat sich die Regierung entschlossen, das Moratorium zu beenden - trotz der enormen Bedrohung der Seegurkenbestände durch Überfischung.

Zur Erholung der Bestände hatte es bereits von 1999 bis 2009 ein zehnjähriges Moratorium in den Monaten Januar bis März und Oktober bis Dezember gegeben. Die traditionelle Zeit für die Ernte von Seegurken sind die Monate zwischen dem 1. April und dem 1. September. Auf diesen Zeitraum hatte sich die Regierung bereits vor Jahren geeinigt. Durch die Vergabe von Lizenzen an eine bestimmte Anzahl von Betrieben wollte man zudem die Überfi-

schung der Bestände verhindern, hatte jedoch nicht mit den vielen illegal arbeitenden Ein-Mann-Betrieben gerechnet, die unter Einsatz ihres Lebens mit dubiosen Methoden in der Tiefsee nach Seegurken tauchen.

Durch das Moratorium in den 1990er-Jahren hatten sich die Bestände soweit erholt, dass es 2009 ein Rekordjahr an Ernteträgern gab. Damals wurden 300 Tonnen Seegurken im Wert von 6,5 Millionen US-Dollar geerntet. 2013 konnten hingegen nur noch 56 Tonnen geerntet werden.

Fischereiexperten bedauerten und kritisierten die frühzeitige Aufhebung des Moratoriums. Es handle sich hier um eine bewusste politische Entscheidung, sagte Semisi Fakahau, Berater des tongaischen Fischereiministeriums. Die Regierung wolle den „asiatischen Hunger nach getrockneten Seegurken“ (Zitat) stillen, bemängelte er. Wirtschaftlicher im Sinne einer Zunahme des Bestands wäre es gewesen, das Moratorium sogar noch um einige Jahre zu verlängern, so der Berater. Er beobachtet seit Jahren eine Abnahme des Seegurkenbestandes in den tongaischen Hoheitsgewässern.

Derzeit gibt es neun lizenzierte Betriebe (vier auf Tongatapu, drei in Ha'apai und zwei in Vava'u), die Seegurken trocknen und weiterverarbeiten dürfen. Für die Jagd auf Seegurken bedarf es nach tongaischem Recht keiner Lizenz, nur die weiterführenden (zumeist asiatischen) Betriebe müssen beim Fischereiministerium um eine Lizenz ersuchen.

*Info:* Seegurken sind eine Klasse im Stamm der Stachelhäuter. Mit etwa 1.200 Arten sind sie die formenreichste Gruppe der Stachelhäuter, zu denen unter anderem auch die Seesterne und Seeigel gehören. In der Tiefsee bestehen 90 Prozent der bodennahen Biomasse aus Seegurken.

In Asien werden eingelegte Innereien von Seegurken als Delikatesse verspeist. In Spanien gelten die inneren Muskelstränge der

Königsseegurke als Delikatesse und werden gekocht mit Nudeln gegessen. Die getrocknete und zwischendurch zwei- bis dreimal gedämpfte und schließlich mehrere Monate geräucherte Seewalze wird *Trepang* (malaiisch für Seegurke) genannt. Sie wird u.a. für die Trepang-Suppe verwendet. (*Islands Business* 08.01.14, *Matangi Tonga* 15.05.14, *Wikipedia*)

## Weltbank finanziert Wiederaufbau

**Tonga:** Mit zehn Millionen US-Dollar aus dem Katastrophenfonds für Entwicklungsländer (World Bank's Crisis Response Window, CRW) hat die Weltbank die Aufbauarbeiten auf der tongaischen Insel Ha'apai unterstützt. Hier hatte am 11. und 12. Januar 2014 der tropische Wirbelsturm „Ian“, ein Zyklon der Kategorie 5, rund 75 % aller Gebäude und Infrastruktur zerstört. Tausende Menschen waren obdachlos geworden. Bis dato leben diese Menschen in provisorischen Zeltunterkünften. Mit den Weltbank-Geldern sollen nun 600 sturmsichere Unterkünfte unter der Ägide des Verkehrsministeriums gebaut werden. (*Pressemitteilung Weltbank* 20.03.14)

## EU fördert Vorlesungen

**Tonga:** Mit Unterstützung der Europäischen Union wird die *Atenisi Universität* in Nukualofa ab dem 17. Juni ein 14-tägiges so genanntes „*Festival of Democracy*“ ausrichten. Dabei handelt es sich um eine öffentlich zugängliche Vorlesungsreihe zum Thema „Demokratie“. Der Dekan der Universität, Opeti Taliai, erklärte, die Vorlesungen dienten der Aufklärung der Bevölkerung im Hinblick auf die – in der Geschichte Tongas erst zweiten - demokratischen Wahlen im November dieses Jahres.

Die Uni hat sich dafür renommierte Redner ins Haus geholt. So wird der Historiker Ian Campbell eine Vorlesung zum Thema „Why

doesn't democracy always work?“ halten. Professor Malakai Koloamatangi von der University of Massey redet über „Democracy in the real world: Building a Tongan Democracy“. Auch der ehemalige tongaische Premierminister Dr. Feleti Sevele wird eine Vorlesung halten. Abgerundet wird die Veranstaltungsreihe mit Podiumsdiskussionen, an denen sich auch die Zuhörer beteiligen können. (*Matangi Tonga* 21.05.14, <https://www.facebook.com/DemocracyInTonga>)

## Neue Privatbank

**Tonga:** Anfang April hat der tongaische König Tupou VI. in der Hauptstadt Nuku'alofa die Filiale der Privatbank *Pacific International Commercial Bank* eingeweiht. Bei der Bank handelt es sich um ein tongaisch-chinesisches Joint Venture. Im sechsköpfigen Aufsichtsrat der Bank sitzt mit der Vorsitzenden Frau Tiantian Hu die Tochter des größten chinesischen Anteilseigners.

Die Privatbank hatte im Juli 2013 die Lizenz zur Aufnahme von Bankgeschäften von der *National Reserve Bank of Tonga* erhalten. Es handelt sich um die fünfte auf Tonga ansässige Privatbank. (*Matangi Tonga*, 10.07.13, 07.04.05)

## Visa-Abkommen mit Israel

**Samoa:** Bei einem Besuch des israelischen Botschafters für Neuseeland - der auch für Samoa zuständig zeichnet - ist ein Visa-Abkommen zwischen Samoa und Israel vereinbart worden. Das so genannte *Programm für visum-freies Reisen* (Visa Waiver Program) erlaubt es Staatsangehörigen beider Länder, zu geschäftlichen oder touristischen Zwecken (Reisezweck "Besucher") für bis zu 90 Tage ohne Visum in das jeweils andere Land zu reisen.

Botschafter Yosef Livne und seine Ehefrau waren aus Wellington nach Apia gereist, um sich dort als Botschafter zu akkreditieren. Sie



wurden von dem samoanischen Staatsoberhaupt Tui Atua Tamasese Efi in seiner Residenz in Tu'a'efu empfangen. Efi betonte die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern, die bereits seit 1977 diplomatische Beziehungen unterhalten. Er bedankte sich für die kontinuierliche israelische Unterstützung im Sport- und Gesundheitssektor und für die Katastrophenhilfe nach den Tsunamis der letzten Jahre. Dezidiert lud das Staatsoberhaupt den israelischen Botschafter und eine Regierungsdelegation aus Israel zur Konferenz der kleinen Inselentwicklungsstaaten im Herbst des Jahres ein. (Talamua 11.03.14, <https://www.rlp-buergerservice.de>)

## Uni feiert Jubiläum

**Samoa:** Anfang April hat die Universität von Samoa (*National University of Samoa*) ihr 30stes Jubiläum gefeiert. Nach einer militärischen Parade durch die Innenstadt begrüßte Premierminister Dr. Tuilaepa Sailele Malielegaoi die Festgemeinschaft und gratulierte zum Jubiläum. Den Geburtstagskuchen schnitt der Agrarminister Le Mamea Ropati Mualia an, der die Universität 1984 mitgegründet hatte. Im ersten Jahr studierten 45 Menschen an der Uni, heute sind bereits über 3.000 Studierende eingeschrieben, sagte der Premier sichtlich stolz. (Samoa Observer 05.04.14, <http://www.nus.edu.ws/>)

## Ehrendoktor für Premier

**Samoa:** Der samoanische Premierminister Dr. Tuilaepa Fatialofa Lupesolia'i Sailele Malielegaoi ist Anfang April mit der Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Nationalen Universität von Samoa geehrt worden. Der Doktorhut wurde dem Premier von Universitätskanzler Dr. Otele Perelini aufgesetzt. Vize-Kanzler Professor Fui Asofou begründete die Übertragung der Ehrendoktorwürde mit Malielegaois großem Einsatz für die Wirtschaftsinteressen des

Staates und für sein langjähriges Engagement in diversen Positionen. So arbeitete der Premier u.a. für die *European Economic Community* und als Vorstandsvorsitzender für die *Asian Development Bank*. Malielegaoi sitzt seit 1982 im Parlament, seit 2009 ist er Premierminister des seit 52 Jahren unabhängigen Staates. (Talamua 03.04.14)

## Premier wiedergewählt

**Niue:** Die rund 600 Wahlberechtigten der seit 1974 mit Neuseeland assoziierten Insel Niue haben am 12. April bei Parlamentswahlen Premierminister Toke Talagi im Amt bestätigt. Der seit 2002 amtierende Talagi setzte sich mit 12 zu 8 Stimmen gegen seinen Konkurrenten Stanley Kalauni durch. Die 20-sitzige Nationalversammlung wählte Richter Togia Pihigia zu ihrem Parlamentssprecher. Für die 14 Parlamentssitze, die traditionell den 14 Dörfern auf Niue zustehen, hatten 24 Menschen kandidiert, darunter fünf Frauen.

*Info:* Auf der 260 Quadratkilometer großen Insel nordöstlich des Königreichs Tonga leben ca. 1.200 Menschen. Im Kabinett dieser parlamentarischen Demokratie sitzen neben dem Premier drei weitere Minister. (Radio NZ Intern. 01.04., 24.04.14, CIA World Factbook, <http://pacificguardians.org/2014/02/20/premier-toke-talagi-niue-visionary-or-villain/.html>)

## Parlament aufgelöst

**Cook-Inseln:** Der Generalgouverneur der Cook-Inseln, der seit August 2013 amtierende Tom Marsters, hat Mitte April das 24-sitzige Parlament aufgelöst und die Parlamentswahlen auf den 9. Juli vorverlegt. Eigentlich hätte die Amtszeit des jetzigen 13-ten Parlaments zum 30. November geendet, Parlamentswahlen hätten dann bis zum 17. Februar 2015 stattfinden müssen. Marsters, der Vertreter der britischen Königin Elisabeth II vor Ort, erhielt die Auf-

forderung zur Auflösung des Parlaments von Premierminister Henry Puna, der forderte, bis zum 50. Jahrestag der Selbstbestimmtheit der Cook-Inseln am 4. August 2015 müsse ein neues Parlament bereits eingearbeitet sein. Frühzeitige Wahlen ermöglichten es dann auch dem neuen Parlament, ein entsprechendes Budget für diese Großfeierlichkeiten im nächsten Jahr zu verabschieden, so Puna. Mit der Auflösung des Parlaments reagiere er auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem amtierenden Parlament und seiner Führung, sagte Puna weiter. Es sei Zeit für einen Neuanfang, für den er jedoch gerne zur Verfügung stände.

*Info:* Am 4. August 1965 erhielten die Cook-Inseln ihre politische Selbstbestimmtheit in freier Assoziation mit Neuseeland. Die Verfassung garantiert volle Unabhängigkeit, sollte das Parlament darüber einen einstimmigen Beschluss fassen. (Radio NZ Intern. 17.04.14, Cook Islands Herald online)

## Mehr Fangtage für USA

**Cook-Inseln:** Amerikanische Ringwadenboote können von Mai bis Dezember des Jahres zusätzliche 100 Tage auf die Jagd nach Thunfischen in der exklusiven ökonomischen Zone der Cook-Inseln gehen. Das haben Vertreter des Marine-Ministeriums unter Minister Mona Ioane mit Vertretern des amerikanischen Außenministeriums vereinbart. Dafür erhält die Regierung der Cook-Inseln zusätzlich 520.000,- US-Dollar jährlich.

Gemäß des Abkommens der *Western and Central Pacific Fisheries Commission* haben die Cook-Inseln jährlich 1.250 so genannte „fishing days“ an ausländische Fischfangflotten vergeben. Insgesamt dürfen jährlich nicht mehr als 30.000 Tonnen Thunfisch der Gattung „Echter Bonito“ (eng. Skipjack tuna) aus den Gewässern der Cook-Inseln entnommen werden. Bis Mai 2014 hatten amerikanische Trawler bereits 198 ‚Tage‘ auf See verbracht

und dabei 7.600 Kilo Thunfisch gefangen.

Die Aufstockung der Fangtage stieß auf Proteste seitens der Bevölkerung auf den Außeninseln Palmerston und Mauke. Die Gewässer dieser Inseln werden besonders häufig von Trawlern durchkreuzt. (*Cook Islands News* 05.05.14, <http://www.ffa.int/vds>)

### Zeitplan für Umweltschutzgebiet

**Cook-Inseln:** Bei der Einrichtung eines marinen Umweltschutzgebietes (*Cook Islands Marine Park*) im Osten der Cook-Inseln liegt die Regierung voll im Zeitplan. Voraussichtlich im nächsten Jahr sollen die Grenzen des 424.712 Quadratmeter großen Meeresschutzgebietes bekannt gegeben werden. Über die Einrichtung des Gebietes hatte das Parlament bereits im Jahr 2012 positiv entschieden. In dem zukünftigen Gebiet, im Rarotongan-Maori „Marae Moana“ (dt. heiliger Platz im tiefen blauen Meer) genannt, herrscht eine große Artenvielfalt an Korallen und anderen Unterwasserlebewesen.

Bei der Einrichtung der Schutzzone im Osten des 15 Inseln umfassenden Staates wird die Regierung von der pazifischen Vertretung der *International Union for the Conservation of Nature* (IUCN) unterstützt. (*Radio Australia* 22.04.14, *Cook Islands News* 29.03.14, <http://www.maraemoana.gov.ck/index.php/about-marae-moana/what-is-marae-moana>)

## FRZ.-POLYNESIEN RAPA NUI (OSTERINSEL)

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu/Hawai'i.]

### UN- Dekolonisierungskomitee erstellt ersten Landesbericht

**Frz.-Polynesien:** Im Zuge des Regionalen Seminars des Entkolonisierungskomitees der Vereinten Nationen, das Ende Mai in Fidschi stattfand, hat die UN-Generalversammlung den ersten vorläufigen Landesbericht über Französisch-Polynesien verfasst. Am 17. Mai letzten Jahres war das Land von der UN-Generalversammlung einstimmig in die Liste der zu entkolonisierenden Territorien wiederaufgenommen worden, wodurch das Entkolonisierungskomitee beauftragt wurde, mit der Verwaltungsmacht (Frankreich) und Repräsentanten des Territoriums zusammenzuarbeiten, um das Recht des Landes auf Selbstbestimmung zu gewährleisten.

Das nun veröffentlichte UN-Arbeitspapier A/AC.109/2014/19 gibt eine Übersicht über die politische, wirtschaftliche und soziale Situation des Landes, eine Auflistung der bisher von der UN in Bezug auf das Territorium getroffenen Entscheidungen sowie Zusammenfassungen der Aussagen des ehemaligen Präsidenten Oscar Temaru und des Senators Richard Tuheiava vor verschiedenen Ausschüssen der UN. Der Bericht wurde aus öffentlichen Quellen zusammengetragen und ist nur als provisorisches Dokument anzusehen, stellt aber den ersten Schritt zur Erarbeitung eines von UN-Gremien unabhängig erstellten Landesberichts dar.

(Website der Vereinten Nationen [www.un.org](http://www.un.org), Tahiti-Infos)

## Ergebnisse der Kommunalwahlen

**Frz.-Polynesien:** Bei den Kommunalwahlen am 23. und 30. März und Ende Februar wurde die seit den letzten Territorialwahlen vom Mai 2013 bestehende politische Landschaft weitgehend bestätigt.

Mit wenigen Ausnahmen wurden diejenigen Bürgermeister, die der herrschenden Partei *Tahoeraa Huiraatira* von Präsident Flosse angehören, in ihren Ämtern bestätigt. Flosses Partei gewann zwei Gemeinden hinzu, verlor aber auch zwei. Der Bürgermeister der Hauptstadt Papeete, Michel Buillard (Tahoeraa), wurde mit absoluter Mehrheit wiedergewählt. In der Gemeinde Pirae, die traditionelle Hochburg der Tahoeraa, die letztere bei den letzten Wahlen 2008 an Béatrice Vernaudo (eine profranzösische Oppositionskandidatin) verloren hatte, gewann die Liste von Flosses Schwiegersohn Edouard Fritch, der auch Abgeordneter in der Pariser Nationalversammlung ist, bereits im ersten Wahlgang eine eklatante Mehrheit und eroberte damit das Bürgermeisteramt, das er bereits von 2000 bis 2008 innegehabt hatte, zurück. Ebenso schlug in Mataiea der Tahoeraa-Kandidat Tearii Alpha die dem Unabhängigkeitsbündnis *Union Pour La Démocratie* (UPLD) angehörige Bürgermeisterin Tina Cross und erlangte ebenfalls in ersten Wahlgang bereits eine absolute Mehrheit. In der Nachbargemeinde Papeari dagegen verlor der langjährige Bürgermeister und Pariser Abgeordnete Jonas Tahuaitu überraschend sein Amt. Auch die Gemeinde Mangareva, eine äußere Insel, von der Präsident Flosse stammt, ging der Regierungspartei verloren.

Die oppositionelle UPLD, die bei den Territorialwahlen im letzten Jahr starke Verluste hinnehmen musste, konnte sich in ihrer Hochburg Faaa behaupten, wo der seit 1983 amtierende Bürgermeister und ehemalige Präsident Oscar Temaru bereits im ersten Wahlgang eine Zweidrittelmehr-

heit gewann. Auch der Bürgermeister von Hitiaa, der frühere Vizepräsident Jacqui Drollet, wurde in seinem Amt bestätigt. Zusätzlich gewann die UPLD noch die Teilgemeinde Tiarei an Tahitis Ostküste hinzu, wodurch sich abzeichnete, dass der Gemeindeverband der Ostküste insgesamt an die UPLD fallen würde. Der überraschende geschlossene Rücktritt mehrerer Gemeinderäte der Tahoeraa machte dies allerdings hinfällig, da damit in den Distrikten des Ostküsten-Gemeindeverbands Neuwahlen stattfinden müssen. Ansonsten konnte die UPLD ihre Macht aber nicht weiter ausbauen. Die Insel Moorea, eine weitere Hochburg der UPLD, ging verloren, da Bürgermeister Raymond Van Basto-laer seine Wiederwahl verfehlte.

Für die dritte politische Kraft, *A Tia Porinetia* (anti-Flosse, pro-französisch), bestätigte die Gemeindevahl weitgehend ihre bisherigen Hochburgen. In Punaauia und Arue wurden die Amtsinhaber Ronald Tumahai und Philip Schyle im ersten Wahlgang knapp wiedergewählt, ebenso der ehemalige Präsident Gaston Tong Sang, der Bürgermeister von Bora-Bora bleibt. Auch die Gemeinde Uturoa auf der Insel Raiatea, sowie die Insel Ua Pou im Marquesas-Archipel bleibt in den Händen von *A Tia Porinetia*, während sie Mangareva von der Tahoeraa erobern konnte. (*Tahiti-Infos*)

## † Turo a Raapoto

**Frz.-Polynesien:** Am 7. Mai starb im Alter von 66 Jahren der tahitische Theologe, Linguist und Schriftsteller Turo a Raapoto in Tevaitoa auf der Insel Raiatea an einem Herzinfarkt.

Turo a Raapoto wurde 1948 als Sohn des Theologen Samuel Raapoto, der später von 1963 bis 1976 der erste Präsident der selbständigen Evangelischen Kirche Französisch-Polynesiens war, in Tevaitoa geboren. Nach dem Schulabschluss in Tahiti ging er nach Frankreich, um in Montpel-

lier Linguistik und Theologie zu studieren. Unter seinen dortigen Kommilitonen war Henri Hiro (1944-1990), ein langjähriger Weggefährte, der als Dichter und Regisseur eine der Schlüsselfiguren der kulturellen Renaissance in Tahiti war.

Nach der Rückkehr aus Frankreich gehörte Rapoto, zusammen mit Hiro sowie dem Meeresbiologen Jacqui Drollet, 1976 zu den Gründern der marxistisch-ökologischen Partei *la Mana Te Nunaa* („Das Volk ergreife die Macht“), die unter Drollets Führung heute Teil der Unabhängigkeitskoalition *Union Pour La Démocratie* (UPLD) unter Oscar Temaru ist.

Raapoto zog sich allerdings nach kurzer Zeit wieder aus der aktiven Politik zurück und widmete sich umso mehr seiner Arbeit als Theologe und Sprachwissenschaftler. Als Mitglied der Tahitischen Akademie seit 1983 und Vorsitzender des Komitees für theologische Animation der Evangelischen Kirche Frz.-Polynesiens seit Mitte der 1980er Jahre wurde Raapoto zu einem der herausragenden tahitischen Intellektuellen der letzten Jahrzehnte. Seine Aufsätze machten das Mitte des 20. Jahrhunderts noch eher obskure Wort *Maohi* als Eigenbezeichnung der polynesischen Bevölkerung Tahitis populär, welches heute praktisch universell so verwendet wird.

Nach seinem programmatischen Essay „Ma’ohi“, das 1978 auf Französisch in dem Pariser *Journal des missions évangéliques* erschien und als „Maohi: On Being Tahitian“ 1988 auf Englisch in Fidschi veröffentlicht wurde (in *French Polynesia, A Book of Selected Readings*, University of the South Pacific), publizierte Raapoto nur noch auf Tahitisch. Insgesamt verfasste er mehr als ein Dutzend theologische und sprachwissenschaftliche Bücher auf Tahitisch, sowie unzählige Artikel in *Veà Porotetani*, der Zeitschrift der protestantischen Kirche. Mit diesen Publikationen trug Raapoto in wesentlichem Maße zum immer noch nicht besonders

umfangreichen Korpus von Literatur in tahitischer Sprache bei.

Als einer der Vordenker der evangelischen Kirche entwickelte er gemeinsam mit Hiro eine neue Interpretation der christlichen Theologie, in der die einheimische Kultur und Identität im Vordergrund stehen, und tahitische Tradition nicht länger als „heidnisch“ und damit als durch westliche Kulturelemente ersetzenswert, sondern als voll und ganz mit dem christlichen Glauben vereinbar angesehen werden. In seinen bahnbrechenden theologischen Traktaten *Te Rautīraa i te Parau a te Atua e te Iho Tumu Māōhi* („Die Lebendigkeit von Gottes Wort und der ursprünglichen Identität der Maohi“, 1988) und *Pōroi i te Nunaa Māitihia e te Atua* („Botschaft an das von Gott auserwählte Volk“, 1989) entwarf er eine polynesisch-befreiungstheologische, die auf einem Synkretismus von traditioneller polynesischer Religion und Gottesvorstellungen des Alten Testaments basiert und sich gegen die aus Frankreich kommende Materialisierung der Gesellschaft und die durch die Atomtests verursachte Zerstörung des den Maohi heiligen Landes wendet. Der jüdisch-christliche Gott wird darin mit dem Namen *Te Tumu Nui* („Der Große Ursprung“) bezeichnet, einer der Beinamen des vorchristlichen polynesischen Schöpfergottes Taaroa.

Obwohl er innerhalb der Kirche von konservativen Theologen für diese Innovationen mehrmals heftig kritisiert wurde, gewannen Raapotos Interpretationen zusehends an Einfluss. Seit Mitte der 1990er Jahre ist Raapotos Theologie die prägende Richtung innerhalb der Evangelischen Kirche Frz.-Polynesiens. Diesen Einflüssen ist es auch zu verdanken, dass die Kirche sich 2004 in *Etārētia Porotetani Māōhi* (Protestantische Maohi-Kirche) umbenannte.

Als Linguist übte Raapoto ebenfalls prägenden Einfluss aus. Nach einigen Jahren überwarf er sich mit den anderen Mitgliedern

der Tahitischen Akademie und erfand ein neues orthographisches System unter Benutzung eines französischen Akzentzeichen anstelle des Apostrophs zur Markierung des Gutturalkonsonanten (*Māōhi* in Raapotos Schreibweise vs. *Mā'ohi* in der Schreibweise der Akademie). Die Evangelische Kirche sowie die Unabhängigkeitskoalition UPLD, in der Turos Bruder Jean-Marius Raapoto maßgeblichen Einfluss hat, benutzen bis heute Raapotos Schreibweise; andere Institutionen und politische Parteien die der Akademie.

Zuletzt trat Turo a Raapoto allerdings auch mit deutlicher Kritik an der Evangelischen Kirche hervor. Letztere war seit langem eine der letzten Bastionen der tahitischen Sprache, da sie bis vor kurzem als praktisch einzige Institution des Landes vollständig in einheimischer Sprache operierte, sowohl in der Liturgie als auch in ihrer Administration. Die Entscheidung, die Sonntagsschule wahlweise auch auf Französisch abzuhalten (da viele Jugendliche in städtischen Gebieten nur noch rudimentär Tahitisch sprechen), verurteilte Raapoto aufs schärfste, da er dies als Einfallstor für eine zu befürchtende künftige „Französisierung“ der gesamten Kirche sah.

Raapoto wurde auf dem Gemeindefriedhof von Tevaitoa im Kreis der Familie und enger Freunde bestattet. Ein seinem wichtigen Vermächtnis entsprechendes Staatsbegräbnis hatten er und seine Familie stets abgelehnt. Er hinterlässt seine Frau Antonina sowie seine vier Kinder Tane, Tamatoa, Vaitemarama und Haumoituroiti. (*Tahiti-Infos, Polynésie Première, Les Nouvelles de Tahiti, eigene Recherchen*)

## Neue Gouverneurin und Regionalräte

**Rapa Nui:** Die im Dezember gewählte neue chilenische Präsidentin Michelle Bachelet (Sozialistische Partei), die Anfang März ihren konservativen Amtsvorgänger Sebastián Piñera ablöste, hat kurz

nach ihrer Amtseinführung eine neue Gouverneurin für die Provinz Rapa Nui ernannt. Im Zuge der üblichen Ersetzung aller 15 Regionalintendanten und der 54 Provinzgouverneure Chiles durch Parteigänger eines neuen Präsidenten ernannte Bachelet am 11. März Marta Hotus Tuki zur Gouverneurin der Osterinsel. Hotus, die der Christdemokratischen Partei angehört (Teil von Bachelets Mitte-Links Regierungskoalition), tritt damit die Nachfolge von Carmen Cardinali Paoa an, die das Gouverneursamt seit September 2010 innehatte.

Hotus studierte Öffentliche Verwaltung an der Universität von Valparaíso und arbeitete von 2006 bis 2008 als Landesbeamtin auf Rapa Nui, danach diente sie als lokale Personal- und Verwaltungsleiterin für die Nationale Forstverwaltung Chiles (*Corporación Nacional Forestal*), die den Nationalpark Rapa Nui (knapp die Hälfte der Inselfläche) verwaltet. Hotus ist außerdem Gründungsmitglied des lokalen Kinderhilfswerks *Haka Pupa o te Ngapoki* und ist seit 2008 Mitglied des Gemeinderats der Insel.

Gleichzeitig mit der lokalen Provinzverwaltung trat auch die neue Regionalverwaltung in Valparaíso auf dem chilenischen Festland (dem die Provinz Rapa Nui bis auf Weiteres untersteht) unter der Führung des von Bachelet ernannten Regionalintendanten Ricardo Bravo Oliva (Sozialistische Partei) ihr Amt an. Anders als die rein exekutiven Provinzverwaltungen haben die chilenischen Regionalverwaltungen Regionalräte, die im November letzten Jahres erstmals direkt gewählt wurden.

Während Rapa Nui zu klein ist, um auf nationaler chilenischer Ebene einen eigenen Wahlkreis zu bilden, entsendet die Insel zwei Vertreter in den Regionalrat von Valparaíso. In diese Positionen gewählt wurden Tarita Alarcón Rapu (parteilos, assoziiert mit Piñeras Mitte-Rechts-Koalition), die 380 Stimmen erhielt und Sofía Faúndez Hey (parteilos, assoziiert

mit Bachelets Mitte-Links-Koalition), auf die 284 Stimmen entfielen. Die bisherigen Repräsentanten der Insel im Regionalrat, Maria Cristina Pizarro Velásquez und Enzo Muños Farías (Chilenen aus Valparaíso, die entsprechend der bisherigen Regelung vom Gemeinderat der Insel ernannt worden waren), standen nicht zur Wiederwahl.

Die Regionalräte werden so lange im Amt bleiben, bis ein seit 2008 im chilenischen Kongress diskutierter Gesetzesvorschlag, der Rapa Nui zu einem direkt der Zentralregierung unterstellten Sonderterritorium (d.h. nicht län- ger Teil der Region Valparaíso) machen soll, angenommen ist.

(*El Correo del Moai elcorreodelmoai.com, Website der Provinzregierung der Osterinsel gobernacionisladepascua.cl, Website des Regionalrats von Valparaíso: corevalparaiso.cl, Website der Chilenische Wahlkommission*)

## Erster ausländischer Diplomat auf Rapa Nui

**Rapa Nui:** Der 36-jährige schottische Tourismusunternehmer James Grant-Peterkin ist seit fünf Jahren Honorarkonsul Großbritanniens auf Rapa Nui und damit der bislang einzige ausländische Diplomat auf der Insel. Bürger aller anderen Länder, die auf der Insel diplomatischen Beistand suchen, müssen sich an die jeweilige Botschaft ihres Landes im über 3.000 Kilometer entfernten Santiago de Chile wenden. Grant-Peterkin, der seit 12 Jahren auf Rapa Nui lebt und als einer der wenigen ausländischen Einwohner die Rapanui-Sprache spricht, schlug 2009 der britischen Botschaft in Santiago vor, auf der Insel ein Honorarkonsulat zu eröffnen, da er aufgrund der stetig steigenden Besucherzahlen immer wieder Anfragen auf konsularische Dienste gehört hatte. Schließlich wurde dem Antrag stattgegeben und Grant-Peterkin zum Honorarkonsul ernannt. Der Posten ist ehrenamtlich, kommt allerdings mit dem Privileg einher, einen Dienstwagen mit britischem Staatswappen zu fahren.

Mit mehr als 80.000 Besuchern pro Jahr und nur etwa 5.000 Einwohnern hat Rapa Nui das mit Abstand höchste Tourismusaufkommen pro Kopf aller Pazifikgebiete. Da Grant-Peterkin der einzige diplomatische Vertreter auf der Insel ist, wird er häufig auch von Staatsbürgern anderer Länder um Hilfe gebeten, wenn diese auf der Insel in Schwierigkeiten geraten, insbesondere von englischsprachigen Besuchern, die nicht ausreichend Spanisch oder Rapanui sprechen. (BBC)

## HAWAI'I

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu/Hawai'i.]

### OHA-Geschäftsführer stellt US-Herrschaft infrage

Kamana'opono Crabbe, der Geschäftsführer des *Office of Hawaiian Affairs* (OHA), einer Behörde des US-Bundesstaates Hawai'i, die sich um die Anliegen der hawaiischen Ureinwohner kümmern soll, hat Mitte Mai für lokale und internationale Schlagzeilen gesorgt. Im Zuge einer Konferenz von Vertretern indigener Völker der USA im US-Außenministerium schrieb Crabbe einen offenen Brief an US-Außenminister Kerry, in dem er um eine Stellungnahme der US-Bundesregierung zur Präzision des völkerrechtlichen Status Hawai'is bittet. Das Ganze steht vor dem Hintergrund der so genannten *Native Hawaiian Roll Commission* (NHRC), einer Ende 2011 vom Bundesstaat ernannten Kommission zur Erstellung einer Liste aller hawaiischen Ureinwohner mit dem Ziel, für letztere eine Regierungsstruktur zu schaffen, die analog einer indianischen Reservatsregierung in Amerika von der US-Bundesregierung anerkannt werden kann.

Im Einzelnen wird in dem Brief gefragt: 1) Existiert das Hawaiische Königreich weiterhin als ein unabhängiger Staat? 2) Falls dies so ist, ist das 1893 zwischen der ha-

waiischen Königin und dem US-Präsidenten geschlossene Exekutivabkommen [in dem die USA sich zur Wiederherstellung der gesetzwidrig gestürzten hawaiischen Regierung verpflichtet hatten] bis heute für die USA bindend? 3) Falls 1 und 2 mit ja beantwortet werden, was für Folgen hätte dies für die US-internen Gesetze, die Hawaii zum 50. Bundesstaat machen und die hawaiischen Ureinwohner als indigenes Volk der USA definieren? Und 4) Falls 1 und 2 mit Ja beantwortet werden, haben dann die Mitglieder der NHRC und die Mitarbeiter von OHA sich möglicherweise nach dem Völkerrecht strafbarer Handlungen schuldig gemacht? Des Weiteren kündigte er an, sich dafür einzusetzen, den gewählten Treuhänderrat von OHA darum zu bitten, die Aktivitäten der NHRC zur Schaffung einer indigenen hawaiischen Regierungsstruktur solange auf Eis zu legen, bis alle vier Fragen eindeutig mit Nein beantwortet sind.

Crabbe erklärte, er habe sich zu diesem Schritt gezwungen gefühlt, nachdem er Ende April eine Podiumsdiskussion an der juristischen Fakultät der Universität von Hawai'i mitverfolgt habe. In dieser Veranstaltung hatten der Juraprofessor Williamson Chang und der Politologe Keanu Sai schlüssig argumentiert, dass Hawai'i völkerrechtlich nie von den USA annektiert, sondern nur widerrechtlich okkupiert wurde. Der dritte Referent, der Vorsitzende der NHRC und ehemalige Gouverneur des Bundesstaates Hawaii (Amtszeit 1986-1994), John Waihe'e, hatte dieser Analyse zugestimmt und wörtlich gesagt, man müsse „*Alphabet sein, um nicht zu sehen, dass sich Hawai'i unter einer illegitimen Okkupation*“ befinde.

Nach der eindeutigen Stellungnahme Crabbes ließen Gegenreaktionen anderer Vertreter des bislang als alles andere als systemkritischen OHA nicht lange auf sich warten. Wenige Stunden nach Veröffentlichung des Briefes verkündete der neunköpfige OHA-Treuhänderrat (deren Mitglieder

vom Volk gewählt sind), sich von Crabbes Brief zu distanzieren, und diesen hiermit zurückzunehmen. Einige Stunden später distanzierten sich allerdings zwei der Treuhänder, Dan Ahuna und Hulu Lindsey, ihrerseits vom Rest des Treuhänderrates und sagten Crabbe ihre volle Unterstützung zu. Da Crabbe dem Treuhänderrat verantwortlich ist, machten sich viele Unterstützer der Initiative Sorgen um Crabbes berufliche Zukunft. Mehrere Professoren der Universität von Hawai'i riefen eine Internet-Petition zur Unterstützung Crabbes ins Leben. Diese wurde innerhalb von wenigen Stunden von über 1.000 Menschen aus über zwanzig Ländern unterschrieben. Mittlerweile hat die Petition mehr als 2.600 Unterschriften. Die Petition trägt den Namen „*He Mana'o Pono*“, ein Wortspiel mit Crabbes Vornamen, der soviel wie „rechtschaffender Gedanke“ oder „rechtschaffende Meinung“ bedeutet.

Auf einer Pressekonferenz, die von etwa 200 Unterstützern Crabbes besucht wurde, erklärte Crabbe, dass er es nicht länger verantworten könne, die Stimmen derjenigen Hawaier, die die von OHA und NHRC propagierte interne Autonomielösung innerhalb der USA ablehnen und mit Hinweis auf die völkerrechtliche Illegalität der US-Herrschaft die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Hawai'is fordern, zu ignorieren. Unzählige Male waren Vertreter von OHA und NHRC mit solchen Meinungen öffentlich konfrontiert worden und hatten stets ausweichend oder gar nicht darauf geantwortet. Von daher ist es kein Wunder, dass OHA höchst umstritten ist und von vielen als nichts weiter als ein verlängertes Arm der US-Besatzer angesehen wird. Dass Crabbe nun zum ersten Mal auf diese kritischen Meinungen eingeht, ist auf jeden Fall lobenswert.

Die starke öffentliche Unterstützung aus der Öffentlichkeit führte dazu, dass der Treuhänderrat auf seiner nächsten Sitzung Crabbe nicht wie mehrheitlich geplant

feuerte, sondern versuchte, sich mit ihm zu versöhnen. Man einigte sich darauf, dass Crabbes Brief an Kerry legitim sei, aber man dennoch bis auf weiteres mit der Arbeit der NHRC und der Formierung einer „indigenen hawaiischen Regierung“ fortfahren werde. Es bleibt abzuwarten ob, und wenn ja, wie die US-Bundesregierung auf Crabbes Schreiben antworten wird. (*Honolulu Star-Advertiser; Hawaiian Kingdom Blog*  
<http://hawaiiankingdom.org/blog>, eigene Beobachtungen und Recherchen)

### **Hōkūle‘a bricht zur Weltumsegelung auf**

Das berühmte hawaiische Doppelrumpfboot *Hōkūle‘a*, mit dessen Jungfernfahrt 1976 von Hawai‘i nach Tahiti ohne Benutzung moderner Navigationsinstrumente die Renaissance traditioneller polynesischer Navigation begann, ist Ende Mai zu seiner bislang ehrgeizigsten Expedition aufgebrochen: Einer dreijährigen kompletten Weltumsegelung ausschließlich mit den Mitteln der traditionellen polynesischen Navigation.

Nach jahrelanger Planung sowie einer Generalüberholung des jahrzehntealten Schiffs brach die *Hōkūle‘a* schließlich am 17. Mai am Quai der künstlichen Insel *Sand Island* im Hafen von Honolulu zu ihrer Weltumsegelung auf. Nach einem kurzen Zwischenstopp in Hilo auf der großen Insel von Hawai‘i geht es dann zunächst nach Tahiti, dann weiter zu den Cook-Inseln, Samoa, Kiribati, Tonga und Aotearoa (Neuseeland). Nach einer Umsegelung der neuseeländischen Nordinsel wird die Expedition Anfang nächsten Jahres über Fidschi und Neukaledonien nach Nordaustralien segeln, dann durch die Torres-Straße in den Indischen Ozean, diesen durchqueren und nach mehreren Zwischenstopps in Südafrika ankommen. Im Jahre 2016 geht es dann durch den Südatlantik in die Karibik und von dort zur Ostküste der USA, sowie schlussendlich 2017 durch den Panamakanal über die Galapa-

gos-Inseln, Rapa Nui und Tahiti zurück nach Hawai‘i.

Begleitet wird die *Hōkūle‘a* von ihrem Schwesterschiff *Hikianalia*, welche ebenfalls ein Doppelrumpfboot polynesischen Stils ist, anders als erstere aber über einen Motor, Segel westlichen Stils und moderne Kommunikationstechnologie und Navigationsinstrumente verfügt, so dass im Ernstfall Hilfe geholt werden kann, denn nach Schätzungen gingen in frühgeschichtlicher Zeit eine beachtliche Zahl der polynesischen Hochseekatamarane durch Unwetter unter oder verfehlten durch geringfügige Navigationsfehler ihr Ziel. Mitte 2016, während die *Hōkūle‘a* an der US-Ostküste vor Anker liegt, wird die *Hikianalia* zudem den Nordatlantik überqueren und die Kapverden, die Azoren, Madeira, Marokko, Portugal, Spanien und den westlichen Mittelmeerraum besuchen.

Ursprünglich wurde erwogen, die Routenführung an die der Weltreise des Hawaiischen Königs Kalākaua im Jahr 1881 (die erste Weltumrundung eines amtierenden Staatsoberhauptes in der Geschichte) anzulehnen, das hieße über Japan, China, Thailand, Singapur, Indien und Jemen nach Ägypten, durch den Suezkanal ins Mittelmeer, und dann nach einer Rundreise um Europa nach Nordamerika, und von dort nach Hawai‘i zurückzufahren. Aufgrund der unsicheren Situation in den Gewässern Indonesiens, und insbesondere der piratenverseuchten Gebiete um das Horn von Afrika, wurde aber davon abgesehen, und stattdessen die Südroute durch die Torres-Straße und um das Kap der Guten Hoffnung gewählt.

Zum Abschied der beiden Schiffe hatten sich tausende Menschen auf dem Quai eingefunden und es wurde ausgiebig gefeiert und gesungen. Navigator Nainoa Thompson, der Präsident der *Polynesian Voyaging Society*, des gemeinnützigen Vereins, der die Weltumsegelung organisiert, sagte in seiner Abschiedsrede, die

*Hōkūle‘a* habe in der Vergangenheit den Polynesiern bewiesen, dass ihre Vorfahren die größten Navigatoren aller Zeiten waren und damit dazu beigetragen, seinem Volk die durch westlichen Kolonialismus beschädigte Würde wiederherzustellen. Nun ginge es darum, sich der Welt zu öffnen, und die gesamte Menschheit an diesem Erbe teilhaben zu lassen. Es sei wichtig, nicht in engstirnigen Ethno-Nationalismus zu verfallen, sondern mit einer soliden Verankerung in der eigenen Kultur sich mit offenem Herzen der modernen Welt zuzuwenden. (*Eigene Beobachtung, Honolulu Star-Advertiser*)

### **AOTEAROA (NEUSEELAND)**

#### **Engere Zusammenarbeit mit Fidschi**

Zukünftig sollen sich auch fidschianische Saisonarbeiter am neuseeländischen *Seasonal Workers Program* beteiligen dürfen. Das haben Mitte April der fidschianische Außenminister Ratu Inoke Kubuabola und sein neuseeländischer Amtskollege Murray McCully vereinbart. Die Außenminister hatten sich in Suva (Fidschi) getroffen, um über eine engere Zusammenarbeit beider Staaten zu verhandeln. McCully bot dabei an, Fidschi finanziell und personell im Öffentlichen Dienst zu unterstützen, vor allem bei der administrativen Bewältigung der für den September anvisierten demokratischen Wahlen. Außerdem werde man zukünftig fidschianischen Schülern Stipendien für ein Universitätsstudium zur Verfügung stellen. Fidschianische Beamte könnten zu Studienzwecken oder zur Fortbildung nach Neuseeland kommen, bot McCully an.

Nach Aufhebung aller Sanktionen gegen Fidschi im März des Jahres will Neuseeland künftig wieder enger mit Fidschi kooperieren. Dazu vereinbarten die Minister ab sofort ein jährliches bilaterales Forum, bei dem sich hochrangige Regierungsvertreter beider Staa-

ten über die Zusammenarbeit austauschen sollen.

Bereits bei diesem Gespräch haben die Außenminister eine bessere Zusammenarbeit in der Milchwirtschaft beschlossen und darüber diskutiert, in welchen landwirtschaftlichen Sektoren beide Staaten noch kooperieren können. (*Fiji Times* 11.04.14, <http://www.fijisun.com.fj/2014/04/11/more-kiwi-help/>)

## Unterstützung für SPC

In den nächsten drei Jahren (2014 bis 2016) wird die neuseeländische Regierung das *Sekretariat der neuseeländischen Regierung* (SPC) jährlich mit 13,89 Millionen NZ-Dollar unterstützen. Der geschäftsführende Direktor der SPC, Dr. Colin Tukuitonga, und Linda Te Puni, die neuseeländische Botschafterin in Neukaledonien, unterschrieben den entsprechenden Vertrag Anfang März am Sitz der SPC im neukaledonischen Nouméa.

*Info:* In der SPC haben sich bereits 1947 22 pazifische Staaten und Territorien zusammengeschlossen, dazu kommen als weitere Mitgliedsländer Neuseeland, Australien, Frankreich und Amerika. Ziel der internationalen Organisation ist es, die soziale und ökonomische Entwicklung der Mitgliedsstaaten durch gutachterliche und beratende Aktivitäten zu unterstützen. Die SPC leistet dabei vor allem wirtschaftliche und technische Unterstützung in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, erneuerbare Energien und Wasserversorgung.

(<http://www.spc.int/>, *Matangi Tonga* 04.03.14)

## Neuer Botschafterposten

Das Außenministerium unter Minister Murray McCully hat im April einen neuen Botschafterposten eingerichtet. Der *Pacific Economic Ambassador* soll die Beziehungen zu den pazifischen Nachbarstaaten in den Bereichen Fischerei,

Landwirtschaft und Tourismus koordinieren und länderübergreifend neue Strategien entwickeln. Der Posten ist rechtlich einem Botschafterposten in Übersee gleichgestellt und wurde mit dem oppositionellen Parlamentsmitglied Shane Jones von der Labour Party besetzt. Der 54-jährige Jones hat dazu zum 31. Mai alle politischen Ämter im Parlament niedergelegt.

*Info:* Jones war 2005 ins Parlament gewählt worden und von 2007 bis 2008 im Kabinett mit dem Posten des „Ministers for Building and Construction“ betraut. Er war zudem Sprecher für die Angelegenheiten der Maori im Parlament. Der Maori mit englischen und kroatischen Vorfahren ist studierter Verwaltungsfachwirt. Als neuer „Wirtschaftsbotschafter“ für die pazifischen Inselstaaten soll er sich überwiegend mit den Fischereirechten beschäftigen. (*NZ Herald* 22.04.14, *Radio NZ Intern.* 23.04.14, *Wikipedia*)

**INDONESIEN  
WESTPAPUA  
TIMOR-LESTE**

## Indonesien vor UN-Ausschuss

**Indonesien:** Der *Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* wurde im Jahr 1966 verabschiedet und im Jahr 2006 von Indonesien ratifiziert. Als Vertragsstaat ist Indonesien dazu verpflichtet, alle fünf Jahre über die Umsetzung des Paktes zu berichten. Der Ausschuss der Vereinten Nationen konnte in diesem Jahr zum ersten Mal die Untersuchung zu Indonesien durchführen, nachdem Jakarta nach jahrelanger Verspätung den Bericht eingereicht hatte.

Der Ausschuss befragte die indonesische Delegation zu dem erheblichen Armutsunterschied zwischen den beiden Papuaprovinzen und anderen Provinzen Indo-

nesiens. Bambang Darmono, Leiter der Büros für die Beschleunigung der Entwicklung in Papua und West Papua (UP4B), erklärte, dass die wachsende Anzahl von Landkreisen ein Zeichen des Erfolgs sei. Darmono verwies auf die sinkende Zahl von Menschen, die unter Armut leiden.

Er verschwieg, dass die wachsende Anzahl von Zuwanderern für die Zahlen verantwortlich ist und dass ein Großteil der indigenen Papuas weiterhin unter Armut leidet und keinen Zugang zu Bildung hat. Seitdem die Sonderautonomie 2001 in Kraft trat, ist die Zahl der Landkreise von neun auf 42 gestiegen. Dies hat zu einer aufgeblähten und hoch korrupten öffentlichen Verwaltung geführt. Herr Amirrudin von der indonesischen Delegation behauptete, dass die meisten dieser Landkreise von frei gewählten Papuas geleitet werden und kehrte die massive Korruption bei der Postenvergabe unter den Teppich.

Bezüglich des Vorwurfs des Landraubs bei Entwicklungsprojekten in Papua argumentierte die Delegation, dass einheimische Papuas befragt worden waren und vom Gewinn profitieren. Dies bezog sich auf die Merauke Integrated Food and Energy Estate (MIFEE), PT Sinar Mas in Jayapura, PTP II Kerong and PT SDIC in Manokwari.

Der Ausschuss fragte die Delegation weiterhin, wie Studien zur Folgenabschätzung in Menschenrechtsfragen durchgeführt werden, bevor Lizenzen an Rohstofffirmen vergeben werden. Er stellte in Frage, inwieweit die Regierung sicherstellt, dass der *Prozess der freiwilligen, vorherigen und in Kenntnis der Sachlage erteilten Zustimmung* (free, prior and informed consent, FPIC) durchgeführt wird, wenn sich Firmen Land von traditionellen Bevölkerungsgruppen aneignen. Die Delegation erklärte, dass die FPIC-Prinzipien in die Gesetze verankert wurden, einschließlich des Sonderautonomiegesetzes für Papua. Jedoch war die Delegation nicht in der



Lage, weitere Erläuterungen zur Vorgehensweise und Implementierung der FPIC-Prinzipien vorzulegen. Der Ausschuss berücksichtigte die Tatsache, dass das Verfassungsgericht entsprechende Urteile getroffen hatte und dass diese Urteile Auswirkungen auf die betroffenen Bevölkerungsgruppen und die FPIC-Mechanismen in Zukunft haben könnte. Ein Vertreter des Innenministeriums, Zudan Arif, betonte, dass das Urteil rechtlich bindend ist, erklärte jedoch nicht, weshalb es in der Realität nicht angewendet wird.

Bezüglich der Anerkennung der *Masyarakat Hukum Adat* (Konzept über den Umgang mit indigenen Völkern) vertrat die indonesische Delegation die Meinung, dass das Konzept des Indigenen für Indonesien nicht anwendbar sei. Die Delegation erläuterte, dass auf Grund der historisch statischen demographischen Beschaffenheit der ethnischen Gruppen "alle Indonesier als indigen zu bezeichnen" seien. Sie betonte, dass *Masyarakat Hukum Adat* sich nicht auf eine Minderheit oder eine marginalisierte Gruppe bezieht und dass die rechtlichen Systeme dieser Bevölkerungsgruppen von der indonesischen Regierung respektiert werden.

Auf die Nachfrage, weshalb in vielen Gebieten Papuas bis zu 50 % der Lehrerinnen und Lehrer nicht zur Arbeit erscheinen, erklärte Bambang Darmono, dass 95 Distrikte in 21 Landkreisen als besonders abgelegen gelten. Er erklärte, dass die örtlichen Behörden den Auftrag bekommen haben, diese Gebiete besonders zu beachten. 400 Lehrerinnen und Lehrer seien im Jahr 2012 und 900 weitere im Jahr 2013 nach Papua entsandt worden, während gleichzeitig Schülerinnen und Schüler, die kürzlich die Oberschule abgeschlossen haben, zur Verfügung stünden, um den Mangel von ausgebildeten Dorflehrern aufzufangen. Darmono stellte keine Strategie vor, die sicherstellt, dass die Lehrerinnen und Lehrer zur Arbeit erscheinen. Er gab zu,

dass in Gebieten wie Puncak viele Lehrerinnen und Lehrer nicht bereit seien, unter den jetzigen Konditionen zu arbeiten. UP4B plant, dass in diesem Jahr 17.000 Kinder in abgelegenen Gebieten Zugang zu Bildung bekommen sollen. Die Zusammenarbeit mit religiösen Einrichtungen sei eine weitere Strategie, durch Internatschulen Bildung zu gewährleisten.

Indonesien erklärte des Weiteren, dass die Regierung keine internationalen Abkommen unterzeichnen würde, die es indonesischen Bürgern erlauben würden, einzelne Beschwerden direkt an die UN-Mechanismen zu richten. Die Delegation verwies auf die nationalen Beschwerdemechanismen, die von Menschenrechtsorganisationen als mangelhaft enttarnt worden waren.

Der Ausschuss wird abschließende Beobachtungen und Empfehlungen Ende Mai/Anfang Juni auf der OHCHR-Website veröffentlichen. Von der indonesischen Regierung wird erwartet, dass die Empfehlungen des internationalen Ausschusses umgesetzt werden, um die Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. (Infobrief West Papua Netzwerk 19.05.14)

### Ex-Premier appelliert an UN-Menschenrechtsrat

**Westpapua:** Der (seit Mai 2014 Ex-) Premierminister von Vanuatu, Moana Carcasses Kalosil, rief am 4. März 2014 bei der Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen in Genf (Schweiz) zu internationalen Maßnahmen auf, um die Menschenrechtssituation in Westpapua zu verbessern.

In seiner Rede skizzierte Carcasses die Herausforderungen, die die Menschenrechtssituation der Papuas seit 1969 beeinflusst haben und sprach von etwa 10 % der einheimischen Papua-Bevölkerung, die seit 1963 von indonesischen Sicherheitskräften getötet worden seien. Carcasses benannte unter anderem den Zeitraum zwischen Oktober 2011 und

März 2013, in dem 25 Papuas getötet worden seien, ohne dass die Täter sich vor Gericht hätten verantworten müssen. „*Vanuatu is not totally free until other colonized people in the region are politically free*“, sagte Carcasses, der gemeinsam mit dem vanuatischen Außenminister Edward Natapei, dem Parlamentarier Joe Natuman und dem Staatssekretär Johnny Koanapo nach Genf gereist war.

Carcasses rief den Menschenrechtsrat zu konkreten Aktionen auf, um die Menschenrechtssituation in Westpapua zu untersuchen. Der Rat möge sich dafür einsetzen, dass internationalen Menschenrechtsbeobachtern, Hilfsorganisationen und Journalisten der Zugang zu Westpapua wieder ermöglicht werde.

Provokant fragte der Premier die Mitglieder des Rates: „*Why are we not discussing it in this council? Why are we turning a blind eye to them, closing our ears to the voice of the Papuan people [...]?*“ Der Menschenrechtsrat möge Empfehlungen für eine friedliche Lösung des Konflikts erarbeiten und diese an den indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono weiterleiten, um ihn bei seinem Versprechen, in einen friedlichen Dialog mit den Papuas zu treten, zu unterstützen, forderte Carcasses.

Für seine knapp fünfminütige Rede, die er mit den Worten beschloss „*Long God yumi stanap*“ (In God we stand), erhielt Carcasses langanhaltenden Beifall.

Der aus Südafrika stammende Vorsitzende des Menschenrechtsrates, Baudelaire Ndong Ella, beglückwünschte Carcasses zu seiner Rede und bescheinigte im Mut, den Konflikt in Westpapua so offen angesprochen zu haben. (West Papua Netzwerk März 2014, Radio Australia 06.03.14, Vanuatu Daily Post 10.03.14, Rede von Carcasses vor dem Rat, 04.03.14)

## Parlamentarier für Westpapua

**Samoa:** Das samoanische Parlamentsmitglied Toeolesulusulu Cedric Schuster ist als erster samoanischer Politiker den *International Parliamentarians for West Papua* beigetreten. Diese Gruppe hat sich im Jahr 2008 im britischen *House of Parliament* auf Initiative des im britischen Exil lebenden Papua-Aktivisten Benny Wenda gegründet. Derzeit zählt die Gruppe 89 Mitglieder, darunter sieben Parlamentarier aus den pazifischen Inselstaaten Vanuatu, Papua-Neuguinea, Neuseeland und Australien. Die Parlamentarier haben die so genannte *West Papua Declaration* unterzeichnet, in der es heißt: „*We the undersigned recognise the inalienable right of the indigenous people of West Papua to self-determination [...].*“ (Samoa Observer 03.04.14, <http://ipwp.org/>)

## Unis vereinbaren Zusammenarbeit

**Westpapua:** Anfang März haben die Universität von Fidschi (*Fiji National University*) und die *Universitas Negeri Papua* (State University of Papua) aus Manokwari (Provinz West Papua) ein fünfjähriges Partnerschaftsabkommen unterzeichnet. Der Vize-Kanzler der Universität aus Manokwari, Dr. Suriel Mafu, war dazu eigens nach Suva gereist, wo er auf Professor Paras Nath traf, den Dekan des Fachbereichs Agrar- und Fischwirtschaft an der Uni von Fidschi. Ziel der Zusammenarbeit soll neben dem Studierendenaustausch auch die gemeinsame wissenschaftliche Arbeit und Forschung sein sowie die Unterstützung beim Aufbau der Lehrpläne für die einzelnen Studiengänge.

*Info:* In Manokwari sind derzeit knapp 4.000 Studierende eingeschrieben, in Fidschi studieren mehr als 20.000 Menschen. (*Fijilive* 09.03.14, <http://www.fnu.ac.fj/>)

## Timor-Leste bei den Olympischen Winterspielen

**Timor-Leste:** Der tropische Inselstaat, der eher für seine heißen Temperaturen als für Schnee bekannt ist, stellte 2014 einen Skifahrer für die Olympischen Winterspiele in Sotchi. Der 19-jährige Skirennfahrer Yohan Goult Goncalves nahm als erster und einziger Landsmann Timor-Lestes an Qualifizierungsrennen in Serbien, in der Türkei, in Österreich, Skandinavien und Frankreich teil und sicherte sich somit die Teilnahme an der Olympiade. Er trat am 22. Februar 2014 im Slalomwettbewerb in Sotchi an, bei dem er mit einer knappen halben Minute Rückstand den letzten Platz belegte. Jedoch ging es Goult besonders darum, ein positives Bild seines Landes zu verbreiten. So trug er bei der Eröffnungsfeier die osttimoresische Flagge ins Olympiastadion.

Sein mazedonischer Trainer begleitet den jungen Skirennfahrer, der seit seinem zweiten Lebensjahr fährt, bereits seit klein auf. Goult, der in Frankreich an der *Université Paris-Est Créteil Val-de-Marne* studiert, gründete mit der Hilfe seiner Familie und Freunde die *Timor-Leste Ski Association*, die im Jahr 2012 vom internationalen Ski-Verband FIS anerkannt wurde. Seine Mutter Carolina floh 1974 mit ihren jüngeren Geschwistern aus Timor-Leste in einem Fischerboot nach Darwin, Australien. Auf einer Reise nach Frankreich lernte sie ihren Mann kennen, Sohn Yohan kam in Frankreich zur Welt.

(Artikel von Janina Pawelz, *Deutsche Osttimor Gesellschaft*)

## Timor-Leste zieht Australien vor Gericht

**Timor-Leste:** Es geht um Spionage, Geheimdienste und milliardenschwere Öl-Deals. Timor-Leste beschuldigt Australien der Spionage und Vorteilsnahme und geht vor Gericht. Doch ob der von vielen Medien betitelte „Kampf gegen Goliath“ ein märchenhaftes

Ende nimmt, ist zweifelhaft.

Die Geschichte dramatisierte sich im Dezember 2013, als australische Geheimagenten der *Australian Security Intelligence Organisation* (ASIO) und der Polizei eine Razzia in einem Rechtsanwaltsbüro in Canberra durchführten und Unterlagen, ein iPhone, ein Laptop und einen USB-Stick konfiszierten. Die sichergestellten Gegenstände gehören Rechtsanwalt Bernard Collaery, der Timor-Leste in einem Rechtsstreit um das \$40 milliarden schwere Öl- und Gasabkommen, das im Jahr 2006 unterzeichnet wurde, vertritt. Collaery hat demnach Beweise, dass Australien als Entwicklungshelfer getarnte Geheimdienstmitarbeiter einschleuste, die in Gebäuden der osttimoresischen Regierung Wanzen installiert haben sollen. So wäre die von Australien unterstützte Renovierung der Regierungsgebäude in Dili eher ein Trojanisches Pferd als nachbarschaftliche Entwicklungshilfe. Eine Abhörung der Gespräche von osttimoresischen Politikern in Kabinetts- und Verhandlungsräumen könnte Australien wirtschaftliche Vorteile bei der Verhandlung der Öl- und Gasabkommen verschafft haben.

Ein ehemaliger australischer Spion, der in diesem Falle als Kronzeuge aussagen wollte, wurde ebenfalls im Dezember 2013 vom Geheimdienst besucht. Sein Pass wurde sichergestellt und somit eine Reise nach Den Haag für eine Aussage beim Schiedsgerichtshof verhindert. In einem separaten Verfahren bezüglich der Razzien beschloss der Internationale Gerichtshof jedoch, dass Australien die konfiszierten Unterlagen behalten, jedoch unter Verschluss halten müsse. Darüber hinaus solle sich Australien aus der Kommunikation zwischen Timor-Leste und seinen Anwälten raushalten. Dieser Beschluss wird als vorteilhaft für Australien gesehen, könnte aber die Beziehung zwischen den beiden Ländern belasten. Premierminister Gusmão bezeichnete die Razzien als gewissenlos und inakzeptabel.

Die Brisanz der Kritik des Spionagevorwurfs liegt darin, dass Australien nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Absichten spioniert haben soll. Während Australien ein wohlhabendes Land mit hohem Lebensstandard ist, bilden die Einnahmen aus den Öl- und Gasfeldern aus der Timorsee mit Abstand die größte Haupteinnahmequelle des kleinen Nachbarlandes Timor-Leste. Der im Jahr 2006 geschlossene CMATS-Vertrag (*Certain Maritime Arrangements in the Timor Sea-Treaty*) sieht vor, den Gewinn aus der „Greater Sunrise Area“, die zwischen Timor-Leste und Australien liegt, 50:50 zu teilen und diese Abmachung für 50 Jahre unangetastet zu lassen. Nach einer Neuverhandlung des Vertrags nach internationalem Standard könnte das komplette „Greater Sunrise-Feld“ Timor-Leste zufallen, so Kritiker. Die gerichtliche Entscheidung, ob der CMATS-Vertrag zwischen Australien und Timor-Leste neu verhandelt wird, steht noch aus.

Das Thema des potentiellen Öldiebstahls hält viele BürgerInnen, NRO-MitarbeiterInnen und PressevertreterInnen auf Trab. Beispielsweise stellte die osttimoresische Nichtregierungsorganisation *La'o Hamutuk* im April 2014 eine Analyse in das Internet, aus der hervorgeht, dass sich Australien zu unrecht am *Laminaria-Corallina*-Ölfeld, das komplett Timor-Leste gehört, bereichern haben soll. Demnach habe Australien zwischen 1999 und 2012 schätzungsweise zwei Milliarden US-Dollar aus dem Feld erwirtschaftet. (Artikel von Janina Pawelz, Deutsche Osttimor Gesellschaft. Dieser Artikel erscheint auch im DOTG Newsletter 1/2014)

## AUSTRALIEN

### Regierung feiert Erfolge neuer Grenzpolitik

Der australische Premierminister Tony Abbott hat Ende März medien- und öffentlichkeitswirksam auf die neue erfolgreiche Flüchtlingspolitik der Regierungskoalition hingewiesen. Im Rahmen einer Feier anlässlich des 100. Tages ohne Anlanden eines (illegalen) Flüchtlingssschiffes an der australischen Küste verkündete Abbot den Slogan der neuen Grenzpolitik: „*The way is closed*“, sagte er in der Mitte zweier Transparente stehend, die die Anzahl der Flüchtlingssschiffe unter der abgewählten Labor-Regierung (66 Schiffe) und „seiner“ Koalition (0 Schiffe) zeigten. In den ersten 100 Tagen der Koalition sei es vor allem der Initiative des neuen Einwanderungsministers Scott Morrison zu verdanken, dass sich die Anzahl der Flüchtlingssschiffe verringert hätte. Der *Operation Sovereign Borders* genannten Grenzpolitik unter Morrison sei es dann gelungen, in weiteren 100 Tagen die Zahl der Flüchtlingsboote auf 0 zu reduzieren. Minister Morrison habe seine Aufgabe zur Begrenzung der Flüchtlingssschiffe auf „*herausragende Weise*“ (Zitat) gelöst, so ein sichtlich stolzer Premier Abbot.

Der Weg über die See sei den Flüchtlingen nun verschlossen, betonte Morrison wiederholt und erklärte, wie er sich den Fortgang der *Operation Sovereign Borders* vorstellt. Nun gelte es, sich die rund 30.000 in Camps lebenden Asylbewerber genau anzuschauen und über ihren politischen Status zu entscheiden. Nicht anerkannte Flüchtlinge würden sofort zurückgeführt. Morrison sagte weiter, dank der neuen Grenzpolitik seien bereits 606 Menschen entweder freiwillig aus den Flüchtlingslagern in ihre Heimat zurückgekehrt oder sie seien mehr oder minder gewaltsam rückgeführt worden. Erstmals seit 2008 sei es

Australien mit dieser strengen Politik gelungen, mehr Flüchtlinge zurückzuweisen als in die Lager aufgenommen worden seien, erklärte der Einwanderungsminister. (*The Australian* 29.03.14, *Radio Australia* 30.03.14)

### Koordinierungsbüro für Westpapua eröffnet

Am Sonntag, dem 27. April hat die *Free West Papua Campaign* in Perth, der Hauptstadt des Bundesstaates Western Australia, ihr Koordinierungsbüro eingeweiht. Der im britischen Exil lebende papuanische Menschenrechtsaktivist Benny Wenda sprach zur Eröffnung des neuen Büros über die aktuelle Situation in der indonesischen Provinz. Zeitgleich feierten die Papuas in den westpapuanischen Städten Manokwari, Timika und Merauke die Eröffnung des nunmehr vierten Büros der britischen Nichtregierungsorganisation. Die *Free West Papua Campaign* hatte Ende letzten Jahres ein Büro in Port Moresby, der Hauptstadt von Papua-Neuguinea, eröffnet. Weitere Büros befinden sich im belgischen Den Haag sowie in Oxford, UK.

*Info:* Die *Free West Papua Campaign* wurde 2004 in Oxford gegründet. In ihr engagieren sich Menschenrechts- und Umweltaktivisten sowie Juristen für die Durchführung eines Referendums über den künftigen politischen Status von Westpapua. Die Organisation arbeitet überparteilich und überkonfessionell und finanziert sich durch Spenden und den Verkauf von Materialien. Leiter der Kampagne ist der für den Friedensnobelpreis nominierte Exil-Papua Benny Wenda.

(<http://freewestpapua.org/> *Radio NZ Intern.* 30.04.14)

### Unterstützung für Uni

Anlässlich der Verlängerung eines Partnerschaftsabkommens zwischen der australischen Regierung und der *University of the South Pacific* (USP) in Suva (Fid-

sch) hat die australische Regierung 49 Millionen AUS-Dollar an die fidschianische Uni überwiesen. Der australische Senator Brett Mason, Staatssekretär im australischen Außenministerium, sagte bei der Unterzeichnung des Abkommens im „Japan-Pacific ICT Centre“ an der USP in Suva, dass die wichtigste Ressource im Pazifik seine Menschen seien. Eine fundierte Ausbildung mache aus den heutigen Studierenden zukünftige Führungskräfte.

Mit den über die staatliche australische Entwicklungshilfeorganisation AusAID überwiesenen Geldern sollen Studenten mit Lernmitteln unterstützt werden. Außerdem soll die Forschung zu pazifischen Themen vorangetrieben und die Verwaltungsabläufe optimiert werden.

*Info:* AusAID unterstützt die USP bereits seit ihrer Gründung im Jahr 1968. Das im Rahmen des so genannten „Pacific Plan“ für die Jahre 2010 bis 2013 geschlossene Partnerschaftsabkommen zur Verbesserung von Forschung und Lehre an dieser größten pazifischen Universität war Anfang 2014 um weitere vier Jahre bis 2018 verlängert worden.

Die USP unterhält 14 Campusse in 12 pazifischen Ländern. Derzeit studieren dort 24.000 Menschen. Jährlich machen 2.500 Studierende ihren Abschluss. (*Fiji Times* 29.04.14, [http://aid.dfat.gov.au/Publications/Pages/5143\\_664\\_2409\\_1866\\_7566.aspx](http://aid.dfat.gov.au/Publications/Pages/5143_664_2409_1866_7566.aspx))

## Unterstützung für SPC

Die australische Regierung hat Mitte März ein zehnjähriges Partnerschaftsabkommen mit dem *Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft* (Secretariat of the Pacific Community, SPC) geschlossen. Der geschäftsführende Direktor der SPC, Dr. Colin Tukuitonga, und Paul Grigson, der Vertreter des australischen Außenministeriums, unterschrieben das „Partnership for Pacific Regionalism and Enhanced Development

2014-2013“ in Canberra. Australien wird der SPC in den ersten drei Jahren jährlich 51 Millionen AUS-Dollar zur Verfügung stellen. Damit soll die pazifikweite Koordinierungsarbeit dieser regionalen Organisation gestärkt werden. Die SPC unterstützt Pazifikstaaten technisch, wissenschaftlich und logistisch bei der Implementierung von Projekten in den Bereichen Energie, Sanitär, Gesundheitsfürsorge, nachhaltige Küstentischerei sowie Landwirtschaft. Im vergangenen Jahr hatte Australien die SPC mit 39,6 Millionen AUS-\$ unterstützt.

(<http://www.spc.int/en/meetings/1587-australia-and-spc-sign-10-year-partnership-agreement.html>, *Matangi Tonga* 18.03.14)

## Hilfe für die Salomonen

Die australische Regierung hat die Flutopfer auf den Salomonen mit drei Millionen AUS-Dollar unterstützt. Diese Summe hatte Außenministerin Julie Bishop mit dem salomonischen Premierminister Gordon Darcy Lilo telefonisch vereinbart.

Nach Tagen heftigen Regens war der Fluss Mataniko in der Provinz Guadalcanal über die Ufer getreten und hatte in der Hauptstadt Honiara für die schlimmsten Überflutungen der letzten Jahrzehnte gesorgt. 12.000 Einwohner von Honiara waren unmittelbar von dem Hochwasser betroffen, über 9.000 Einwohner wurden quasi über Nacht obdachlos. 23 Menschen starben. Insgesamt waren rund 37.000 Menschen in der Provinz von den Überflutungen betroffen.

Die Hilfgelder sollen wie folgt aufgeteilt werden: Zwei Millionen Dollar fließen in die unmittelbare Katastrophenhilfe und dienen der Versorgung der Bevölkerung mit Unterkünften, Trinkwasser, Nahrung und Kleidung. 600.000 Dollar dienen der technischen und logistischen Unterstützung der einheimischen Organisationen bei der Beseitigung der Flutschäden. Mit den Geldern wurden auch australische Spezialeinheiten in die Provinz geschickt, die fachliche Unterstützung beim Wiederaufbau

von Brücken und bei der Beseitigung der Schäden in der Gold Ridge-Mine leisten sollen.

(*Radio Australia* 08.04.14, <http://aid.dfat.gov.au/LatestNews/Pages/australia-gives-3-million-following-solomon-islands-floods.aspx>)

## Neuer Botschafter in Paris

Die australische Außenministerin Julie Bishop hat am 1. April Stephen Brady zum neuen australischen Botschafter in Frankreich bestellt. Brady tritt sein Amt in Paris zum 1. September an. Als so genannter „nicht-residenteller“ Botschafter wird er dann auch für die Länder Marokko, Algerien, Mauretanien und Monaco zuständig sein.

Der 1959 geborene Brady sorgte nicht nur wegen seiner glanzvollen diplomatischen Karriere für Aufsehen, sondern machte 1999 Schlagzeilen in der australischen Sensationspresse, als er bei seiner Akkreditierungsfeier zum Botschafter Australiens in Dänemark der dänischen Königin Margarethe II seinen Lebenspartner Peter Stephens vorstellte, ebenfalls ein hochrangiger Diplomat. Die beiden Diplomaten leben seit 1982 zusammen und hatten als erste Botschafter öffentlich zu ihrer Homosexualität gestanden.

Brady war nach Stationen in Irland, Schweden, den Niederlanden und bei internationalen Organisationen und australischen Ministerien seit dem Jahr 2008 die „rechte Hand“ (Official-Secretary to the Governor-General) von Quentin Bryce, der amtierenden General-Gouverneurin, der Vertreterin der britischen Königin Elisabeth II in Australien.

Bei der Ernennung von Brady betonte Außenministerin Bishop die langjährigen guten australisch-französischen Beziehungen. Seit 2012 unterhalten beide Staaten eine so genannte „Strategic Partnership“. Sie haben sich darin verpflichtet, sich gegenseitig in den Bereichen Verteidigung, Sicherheit, Wirtschaft, Politik und Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen. Anlässlich des G20-

Gipfels im November des Jahres in Brisbane wird mit François Hollande erstmals ein französischer Staatspräsident einen offiziellen Staatsbesuch in Australien machen.

([http://www.foreignminister.gov.au/releases/Pages/2014/jb\\_mr\\_140331b.aspx](http://www.foreignminister.gov.au/releases/Pages/2014/jb_mr_140331b.aspx), Flash d'Océanie 01.03.14)

## SPORT

### Pazifik-Netzwerkmittglied singt bei Box-WM-Kampf

**Deutschland:** Der 38-jährige Ukrainer Wladimir Klitschko hat am 26. April in der *Arena Oberhausen* den Weltmeistertitel im Schwergewicht der *World Boxing Organisation* (WBO) erfolgreich gegen Alex Leapai verteidigt. Der 34-jährige Australier mit samoanischen Wurzeln verlor den ungleichen Kampf in der fünften Runde durch K.O. Der rund 15 Zentimeter kleinere Leapai hatte keine Chance gegen die wuchtige linke Führhand des Ukrainers und war schon in der ersten Runde angezählt worden. Eine krachende Rechte besiegelte dann Leapais Niederlage gegen den alten und neuen Boxweltmeister Klitschko, der seit zehn Jahren unbesiegt ist und insgesamt 62 Siege in Folge für sich verzeichnet.

Klitschkos Kampf wurde aus seiner Ecke heraus von Bruder Vitaly Klitschko verfolgt, der sich als Oppositionspolitiker in der Ukraine einen Namen gemacht hat.

Vitalys Ehefrau Natalia sang vor dem Kampf die ukrainische Nationalhymne. Die samoanische Nationalhymne wurde von dem gebürtigen Tongaer Lasinga Koloamatangi gesungen. Koloamatangi ist ausgebildeter Opernsänger und lebt mit seiner Familie seit Jahren in Hamburg. Das langjährige Mitglied des Pazifik-Netzwerkes e.V. engagiert sich auch im Hamburg-Samoanischen Club für die Interessen der in Deutschland lebenden Pazifik-Insulaner. Gemeinsam mit der

ebenfalls in Hamburg lebenden Musikredakteurin und Sängerin Angela Gobelin bildet Koloamatangi das Duo „Ala Moana“. Die beiden Musiker haben bereits des Öfteren bei Seminaren des Pazifik-Netzwerkes gespielt.

*Info:* Alex Leapai wurde am 16. Oktober 1979 als „Elise Leapai“ in Laulii/Samoa geboren. Er lebt in Logan City im australischen Bundesstaat Queensland. Nach einem durchwachsenen Karrierebeginn mit zwei Niederlagen und anschließenden Siegen gegen eher unbekannte Gegner konnte Alex Leapai im Dezember 2012 durch technischen K.O. gegen Akmal Aslanow mit dem Gewinn des vakanten WBO-Asien-Pazifik-Gürtel seinen ersten internationalen Titel gewinnen. Am 23. November 2013 besiegte der in Boxkreisen als „Löwenherz“ (The Lionheart) bekannte 1,83 große Samoaner in der *Stechert Arena* in Bamberg den Russen Denis Boizow durch eine einstimmige Punktentscheidung. Damit wurde er zum WBO-Pflichtherausforderer von Wladimir Klitschko. In der WBO-Weltrangliste der Schwergewichtsboxer liegt Leapai auf Rang 26 (von 1.109). In der australischen Rangliste der Schwergewichtsboxer steht Leapai auf Platz 2 (von 45). (*The Guardian* 26.04.14, [http://boxrec.com/list\\_bouts.php?human\\_id=261205&cat=boxer](http://boxrec.com/list_bouts.php?human_id=261205&cat=boxer), eigene Recherche)

### Korbball-Programm geht in dritte Runde

**Tonga:** Das Programm zur Förderung der Gesundheit von Frauen durch Korbball ist Mitte Mai erneut verlängert worden. Das Sportprojekt mit dem Titel „*Kau Mai Tonga Ke Tau Netipolo*“ (Engl: Come on Tonga, let's play netball) wurde im Jahr 2012 auf Initiative der tongaischen und der australischen Regierung eingeführt, um die von Übergewicht und „Zivilisationskrankheiten“ bedrohten Frauen zwischen 15 und 45 Jahren auf den Inseln Tongatapu, Vava'u, Ha'apai und 'Eua an regelmäßige sportliche Betätigungen heranzuführen.

Kooperationspartner der Regierungen sind der australische und der tongaische Korbball-Verband, der die Ausrüstung und Trainer stellt und Turniere ausrichtet. Bisher haben sich rund 4.000 Frauen aller Altersklassen in 560 Mannschaften an dem Projekt beteiligt.

In dieser dritten Phase will der Korbball-Verband von Tonga (*Tonga Netball Association*) vor allem Gemeindeleiter in Dörfern zu Übungsleitern ausbilden. Diese sollen dann als Vorbilder wirken und Gemeindemitglieder motivieren, sich ebenfalls am Sporttraining zu beteiligen. Die Übungsleiter sollen in ihren Dörfern nicht nur Korbball anbieten, sondern ein allgemeines Fitnessprogramm unter dem Titel „Let's get active“.

Für diesen gemeindebasierten Zugang ist das Sportprojekt bereits im vergangenen Jahr von der Weltgesundheitsorganisation WHO ausgezeichnet worden. Es erhielt den Preis „*Healthy Islands Recognition Award for best practice*“. Mit der Auszeichnung war ein Preisgeld in Höhe von 20.000 US-Dollar verbunden.

Nach Angaben der WHO sind 94,9 % der tongaischen Frauen und 89,2 % der tongaischen Männer übergewichtig. (*Matangi Tonga* 15.05.14, <http://www.mic.gov.to/news-today/press-releases/4493-kau-mai-tonga-ke-tau-netipolo-campaign-wins-who-health-islands-recognition-award>)

### Top-Surfer im Pazifik

**Marshall-Inseln:** Zur Vorbereitung auf die diesjährige Surfsaison hat der amerikanische Surf-Star Kelly Slater gemeinsam mit Freunden Urlaub auf dem Atoll Ailinglaplap gemacht. Der 42-jährige Slater war erstmals auf dem Atoll und zeigte sich begeistert von den Wellen und der Einsamkeit. Die bekannten Hot-Spots der Surf-Welt seien inzwischen überfüllt, so der Sportler. Hier in den Marshall-Inseln ginge es ruhiger zu und er habe die Wellen und den Strand nahezu für sich alleine, sagte Slater.

**Info:** Der amerikanische Profisurfer Robert Kelly Slater (geb. 1972 in Florida) ist elffacher Weltmeister im Profisurfen. Für seine zahlreichen Siege wurde er in die *Hall of Fame* aufgenommen und mit dem Preis *Laureus World Action Sportsman of the Year* geehrt. (*Marshall Islands Journal* 07.03.14, <http://www.surfcampseurope.com/de/articles/biographie-kelly-slater>)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Australische Band erneuert Kontakte nach Indonesien

**Nusa Tenggara:** Erstmals gastierte die australische Band „B2M“ auf der Insel Nusa Tenggara, dem indonesischen Teil der kleinen Sunda-Inseln. Die sechsköpfige Band von der Insel Tiwi, rund 80 Kilometer östlich von Darwin im Northern Territory (Australien) gelegen, besuchte zwei weiterführende Schulen und gab in der Stadt Kupang im Osten von Nusa Tenggara ein vielbejubeltes Konzert. Daniel Cunningham, der Leadsänger von „Bathurst to Melville“ (B2M), erklärte, der Besuch der Insel diene auch der Wiederbelebung vorkolonialer Beziehungen zwischen den Aborigines im Norden Australiens und den Bewohnern der kleinen Sunda-Inseln. Es habe hier einen regen Austausch von Waren gegeben. Über die Handelsbeziehungen der Völker seien auch die unterschiedlichen Musikstile und Musikinstrumente in die jeweils andere Kultur gelangt. Bei ihrem Besuch lernten die Bandmitglieder auch typische Musikinstrumente der Inseln kennen.

**Info:** „B2M“ wurde 2004 gegründet. Die Band besteht aus sechs jungen Aborigine-Männern, die über Themen wie Liebe, Alkohol- und Drogenmissbrauch singen. Mit ihren Texten über die Folgen von Alkohol- und Drogenkonsum möchte die Band vor allem junge Aborigines sensibilisieren. 2008 veröffentlichte die Band ihre erste

CD mit dem Titel „Live at the Monsoon Sessions, Darwin“. Ein Jahr später wurde sie mit dem australischen Preis für die beste Nachwuchsband ausgezeichnet. Seither tourt die Band überwiegend durch Nordaustralien und veranstaltet in Aborigine-Gemeinden Musik-Workshops mit jungen Menschen. (*Radio Australia* 24.03., 03.04.14, [http://worldmusiccentral.org/artists/artist\\_page.php?id=8133](http://worldmusiccentral.org/artists/artist_page.php?id=8133), <https://myspace.com/bathurst2melville>)

### Neue Sprachlern-Apps

**Australien:** Der im australischen Sydney lebende gebürtige Samoaner Osona Hunt hat zwei Sprachlern-Applikationen für Smartphones entwickelt. „Little Learners Samoa“ und „Little Learners Tonga“ sind Flash-basierte Applikationen und für IOS-Endgeräte wie iPhones und iPads optimiert. Sie können für 2,99 Dollar im iTunes-Store heruntergeladen werden.

Hunt erklärte, er habe die Sprachlern-Apps aus Sorge darüber konzipiert, dass immer weniger in Australien lebende Pazifik-Insulaner der zweiten oder dritten Generation die Heimatsprache ihrer Eltern und Großeltern beherrschten. Die Apps ermöglicht bisher nur das Erlernen von Grundlagen wie Zahlen, Farben, Wochen- und Monatstage sowie das Alphabet. Diese ausbaufähige Version der Apps richtet sich daher besonders an Kinder bzw. an Personen, die erstmals mit der samoanischen und tongaischen Sprache konfrontiert werden, sagte der Entwickler. (*Radio Australia* 02.04.14, [http://download.cnet.com/Little-Learners-Samoa/3000-20415\\_4-75930091.html](http://download.cnet.com/Little-Learners-Samoa/3000-20415_4-75930091.html))

### Hotel eröffnet Konferenzzentrum

**Fidschi:** Ende April hat das „Denarau Convention Centre“ im Sheraton-Hotel auf der Halbinsel Denarau westlich der Stadt Nadi eröffnet. Mit einer Bestuhlung von 1.500 Plätzen für Theater-

Aufführungen und 1.200 Plätzen für Konferenzteilnehmer handelt es sich um das größte Kongresszentrum der Fidschi-Inseln. Die Einweihungszeremonie wurde von Tui Nadi Ratu Sailosi Dawai vorgenommen. An der Feier nahm auch der Manager für die samoanischen und fidschianischen Hotels der Kette *Sheraton*, Shane Cuning, teil. Er sagte, dass Fidschi im pazifischen Ländervergleich aufgrund mangelnder Kapazitäten in der Vergangenheit kaum Großveranstaltungen hätte ausrichten können. Mit dem neuen 3,5 Millionen Fj. Dollar teuren Kongresszentrum innerhalb des 5-Sterne-Hotelkomplexes schließe man nun eine Lücke auf dem Hotel- und Gastronomiemarkt in der westlichen Provinz. Bereits für dieses Jahr habe man Reservierungen für sechs große Veranstaltungen vorliegen, so Cuning. (*Fiji Sun* 23.04.14, <http://www.sheratonfiji.com/>)

### Umstrittenes Gesetz abgeschafft

**Hawai'i:** Der Senat des amerikanischen Bundesstaates Hawai'i hat ein seit den 1970er Jahren nur für Hawai'i geltendes Sondergesetz abgeschafft, nachdem Polizisten in Ausübung ihres Dienstes Geschlechtsverkehr mit Prostituierten haben durften. Die Regelung im Gesetz *House Bill 1926* bezog sich vor allem auf verdeckte Ermittler, die bei der Jagd nach Kriminellen im Umkreis von Bordellen und Zuhältern die Möglichkeit haben sollten, durch Geschlechtsverkehr mit Prostituierten an geheime Informationen über illegale Zuhälterringe und Menschenhandel zu kommen.

Wie häufig Polizisten in der Vergangenheit von der Sonderregelung Gebrauch machten, wurde nicht bekannt. (*AP* 22.03.14, <http://rt.com/usa/hawaii-police-prostitutes-sex-412/>, <http://www.dailymail.co.uk/news/article-2607519/Hawaii-lawmakers-agree-end-police-sex-loophole.html>)

## H&M Filiale eröffnet

**Hawai'i:** Ende März hat die schwedische Modekette Hennes & Mauritz (H&M, im deutschen Volksmund auch als „hungrig und mager“ bekannt) ihre erste Filiale im Einkaufszentrum „Waikiki Business Plaza“ auf Hawai'i eröffnet. In der Filiale arbeiten 160 Angestellte.

Die 1947 in Schweden gegründete Modekette ist weiter auf Expansionskurs. Sie betreibt weltweit 3.100 Filialen und wird allein in diesem Jahr weitere 375 neue Niederlassungen eröffnen. Im vergangenen Jahr konnte der schwedische Konzern seinen Umsatz um mehr als 13 % auf 37,5 Mrd. Kronen steigern. (RP Online 27.03.14, <http://www.hm.com>, <http://www.bizjournals.com/pacific/news/2014/03/12/first-hawaii-store-for-h-m-opening-march-27-in.html>)

### KIRCHLICHE NACHRICHTEN

#### ELKB unterzeichnet UN-Prinzipien

Als erste Kirche in einem deutschsprachigen Land werde die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (ELKB) die UN-Grundsätze für Verantwortungsbewusstes Investment unterzeichnen, berichtet Oberkirchenrat Erich Theodor Barzen dem Landeskirchenrat. Schon seit 2003 hat die ELKB nachhaltiges Investment erschlossen und systematisch ökologische, soziale und Corporate Governance bezogene Aspekte (kurz: ESG-Aspekte) in die Kapitalanlage einbezogen.

Globale Herausforderungen wie Klimawandel, Sozialstandards in Lieferketten oder Korruption signalisieren langfristige Risiken, die die ELKB als nachhaltige Investorin vermindern will. Nun unterzeichnet sie einen internationalen Standard, den sie auch von ihren Geschäftspartnern erwartet. Damit verpflichtete sie sich, noch transpa-

renter über Ziele und Fortschritte in der Einbeziehung von ESG-Aspekten zu berichten, erläuterte Barzen. Zudem könne die Plattform von UN PRI als weitere Option für Unternehmensdialoge der Kirche genutzt werden.

Die ELKB unterzeichnet auch alle Programme des *Carbon Disclosure Project* (CDP), einer Non-Profit-Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Daten zu den Klima relevanten Emissionen, zum Wasserverbrauch und zur globalen Entwaldung zu erheben, die durch die größten Unternehmen der Welt verursacht werden. Für die bayerische Landeskirche ist das CDP eine wichtige Informationsquelle in ihren Investmentprozessen, um verantwortungsvoller handelnde Unternehmen zu identifizieren. (Pressemitteilung der ELKB-Pressestelle, 11.04.14)

## AUS PAPUA-NEUGUINEA

### ALLGEMEIN

#### Buß- und Betttag festgelegt

Loujaya Kouza, Ministerin für Gesellschaftliche Entwicklung und Religion, hat den 26. August als Tag des Gebets, des Dankes und der Buße festgelegt. Sie reagierte damit auf eine Anfrage des Abgeordneten Joe Sungi. Dieser hatte darauf hingewiesen, das an diesem Tag die erste Lieferung von Flüssiggas das Land verlasse und es an der Zeit sei, Gott für die reichen Bodenschätze des Landes zu danken. (National 16.05.14)

#### Gemeinsame Erklärung zur Ehe

Die röm.-kath. Kirche und die ELC-PNG haben eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie gegenseitig offiziell die Eheschließung durch die jeweils andere Kirche anerkennen. Die Verhandlungen und theologischen Klärungen hatten sich über mehrere Jahre hingezogen. Künftig werden konfessionsverschiedene

Eheschließungen von beiden Kirchen als vollwertige Eheschließungen anerkannt. Diese Vereinbarung ist die erste ihrer Art zwischen den großen Konfessionen in PNG. (gepostet auf der ELC-PNG-Website am 21.3.14)

## ELC-PNG

### Lutherische Uni wird eröffnet

In einer Pressekonferenz zeigte sich der lutherische Bischof Giegere Wenge überzeugt davon, dass die geplante Lutherische Universität in naher Zukunft eröffnet werden könne. Wenge räumte ein, dass es aufgrund innerkirchlicher Spannungen zu Verzögerungen gekommen sei. Es werde aber bereits mit Hochdruck an der Umsetzung gearbeitet und Vorlesungsräume und Studentenunterkünfte gebaut. (National 14.05.14)

### LuShip wird nicht verkauft

Bischof Wenge betonte in Anwesenheit und unterstützt durch Gouverneur Kelly Naru und den Abgeordneten Gisuwat Siniwin, dass *Lutheran Shipping* (LuShip) keinesfalls verkauft würde, insbesondere nicht die Schiffe und auch nicht die Häfen und Anlegestellen. Immer wieder hatte es in letzter Zeit Verkaufsgerüchte über das nahezu insolvente kirchliche Unternehmen gegeben, das unter einer dramatischen Management-Krise leidet. Der Bischof wies auf die wichtige Rolle hin, die LuShip seit über 100 Jahren für unzählige Menschen entlang der Küsten bis weit hinein ins Hinterland von PNG gespielt habe. Naru versicherte in einer Pressekonferenz, dass man nicht zulassen werde, dass LuShip zerschlagen und an private Investoren verkauft würde, weil Luship Eigentum von über zwei Millionen Lutheranern sei. (National 13.05.14)



## „Manki Boana“

Wer ihn kennt, nennt ihn „Yurick“. Für die Leute in der Morobe Provinz ist er ein „Manki Boana“, ein „Bursche aus Boana“. Selber bezeichnet er sich als „Gewächs von Morobe“. Die Rede ist von Pfr. Dr. Ulrich Bergmann (74), der als Missionarskind in Boana geboren wurde und aufgewachsen ist und dann über 35 Jahre seines Berufslebens für die ELC-PNG gearbeitet hat. Nun ist er bereits zum zweiten Mal als „Senior Expert“ als Gastdozent an das Martin-Luther-Seminar in Lae zurückgekehrt, um angehende Pfarrer für ihren Dienst mit vorzubereiten. Gouverneur Kelly Naru will nun seinen Antrag auf eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung unterstützen. (National 14.5.14)

## Geschäftsmann hilft Kirche

Die Luth. Kirche in Wampit, Huon Golf, Morobe-Provinz, ist die achte Kirche in PNG, die von Mape Vele, einem erfolgreichen Geschäftsmann, tatkräftig unterstützt wurde. Drei Kirchengemeinden in Indonesien hat er bereits finanziell beim Bau ihrer Kirchen unterstützt, ebenso wie in mehreren Provinzen von PNG. „Ich möchte etwas von dem zurückgeben, was Gott mir in meinem Leben geschenkt hat“, begründete er sein vorbildliches Engagement. (National 25.04.14)

## RÖM.–KATH. KIRCHE

### Priester und Kommunionhelfer ermordet

Ein katholischer Priester und ein Kommunionhelfer der Diözese Bereina wurden am Sonntag, den 4. Mai, aus noch ungeklärten Gründen ermordet, während sie eine abgelegene Gegend der Diözese besuchten. Es handelt sich um den spätberufenen Priester Gerry Maria Inau, der erst vor neun Monaten die Weihe erhalten hatte und den Kommunionhelfer Benedict. Die von der Bischofskonfe-

renz von Papua-Neuguinea veröffentlichte Nachricht wird auch vom Generalvikar der Diözese Bereina bestätigt, der zusammen mit einem weiteren Priester an Bord eines Helikopters in die Region flog, um die Leichen zu identifizieren und zu segnen.

Der Bischof von Bereina und die anderen Bischöfe des Landes hielten sich unterdessen in Neuseeland auf, wo sie vom 12. bis 16. Mai an der Versammlung der Bischöfe Ozeaniens teilnahmen.

Wie der Sprecher der Bischofskonferenz, P. Giorgio Licini PIME, mitteilte, „wird es wahrscheinlich einige Zeit dauern, bis Zeugen vor Ort befragt sind und die Polizeiden Tathergang rekonstruieren kann“. Es wird vermutet, dass die Beiden Opfer eines seit langem in der Region anhaltenden Konflikts zwischen verschiedenen Volksstämmen sein könnten. P. Casmiro Kito MSC, der zusammen mit dem ermordeten Priester das Seminar besuchte, erinnerte mit folgenden Worten an Pfarrer Inau: „Er war ein engagierter Priester mit einem großen Glauben. Er trug seinen Rosenkranz stets bei sich und wählte auch aus diesem Grund den Zweitnamen Maria. Er hatte ein großes Herz und stellte sich liebevoll in den Dienst der Menschen. Möge sein Tod ein Opfer für den Frieden zwischen den Stämmen des Kunimaipa Valley sein.“ (Fides 13/5/2014 – missio München, National 12., 13., 15.05.14)

### Bischofsversammlung: „Die Zeichen der Zeit erkennen“

Die Zeichen der Zeit, die Beziehung zwischen Glauben und säkularer Staatsform, die Evangelisierung, aber auch Jugendarbeit, pastorale Planung und Prävention bei Naturkatastrophen, sowie die Migrationspolitik und die Frage der Ausweisungshaft in Australien standen auf der Tagesordnung der Versammlung der Föderation der Katholischen Bischofskonferenzen in Ozeanien (FCBCO), die vom 12. bis 16. Mai in Wellington (Neuseeland) tagte.

Insgesamt nahmen 80 Bischöfe stellvertretend für die katholischen Bischofskonferenzen in Australien, Neuseeland, Papua-Neuguinea, den Salomonen und anderen Ländern der Pazifikregion teil. *„Es ist ein einzigartiger Moment des Gebets und der Gemeinschaft, aber auch der Reflexion und Debatte über Themen, die uns alle betreffen. Wir verstehen die Versammlung auch als kostbaren Moment der gegenseitigen Hilfe“*, so der Vorsitzende der Bischofskonferenz von Neuseeland und der FCBCO, Erzbischof John Dew von Wellington. Der Erzbischof wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass im Mittelpunkt der Reflexion auch „die Evangelisierung im Geist von Papst Franziskus“ stehen werde, wobei sich die Teilnehmer bei der Arbeit in Gruppen und Workshops und bei informellen Gesprächen auf die Inhalte des Apostolischen Schreibens „Evangelii Gaudium“ beziehen werden. Zudem werden sich die Bischöfe mit Blick auf die bevorstehende Sondersynode im Vatikan auch mit den Ergebnissen der Umfrage zur Familie befassen. (Agenzia Fides 13/5/2014 – missio München)

### Bischöfe wählen neue Führer

Die katholischen Bischöfe in PNG und den Solomon Islands haben ihre Zuständigkeiten neu geordnet. Als Präsident der Bischofskonferenz wurde Bischof Arnold Orowae (Wabag) gewählt. Sein Stellvertreter ist Erzbischof Steve Reichert (Madang). Mitglieder des Zentralkomitees sind Bischof Arnold Orowae, Steve Reichert, Rochus Tatamai Gilles Cote und Erzbischof Douglas Young (Finanzen). (National 14.05.14)

### Schluss mit Bestechung und Korruption!

Erzbischof Douglas Young, Mount Hagen, rief in seiner Osterbotschaft dazu auf, die sich täglich mehr ausbreitende Bestechung

und Korruption im Land zu bekämpfen. „*Ich habe nur ein Gebet an diesem Osterfest: Dass all diejenigen, die sich selbst Christen nennen und im Wasser der Taufe wiedergeboren sind, dass sie wirklich ein Leben führen, das einem wiedergeborenen Christen entspricht.*“ (National 22.04.14)

## Missbrauchsskandal

Auch in PNG kämpft die kath. Kirche mit einem Missbrauchsskandal. Ein inzwischen suspendierter Priester wurde Anfang März verurteilt, fünf junge Schüler im Alter zwischen 11 und 15 Jahren in East New Britain sexuell missbraucht zu haben. Die Übergriffe hatten bereits im Juni und Juli 2012 stattgefunden. Er wurde zu 22 Jahren Gefängnis verurteilt, sowie zu einer Wiedergutmachungszahlung in Höhe von 1.500 Kina (ca. 400 Euro) an jeden der fünf betroffenen Jungen.

Die kath. Kirche hat inzwischen betroffene Kinder dazu aufgerufen, sexuelle Übergriffe durch Priester unverzüglich der Polizei zu melden. Erzbischof Panfilo (Rabaul) betonte, dass die Kirche betroffene Kinder und ihre Eltern, sowie die staatlichen Behörden nach besten Kräften unterstützen werde, um solche Fälle zu verfolgen, die Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen und weitere Missbrauchsfälle zu verhindern. (National 25., 28. und 29.04.14)

## AUS ANDEREN LÄNDERN

### † Edmund Kalau

**Guam:** Am Morgen des 8. Januar 2014 um 9.05 Uhr nach Guam-Zeit (0.05 Uhr unserer Zeit) ist der Gründer und langjährige Leiter der PMA (Pacific Missionary Aviation), Pastor Edmund Kalau, von Gott zu sich in die Ewigkeit abgerufen worden. Er darf nun bei seinem Herrn Jesus Christus sein, den er geliebt und dem er mit großer Freude gedient hat.

Im Oktober letzten Jahres wurde bei Edmund Kalau Knochenkrebs diagnostiziert, der schon sehr gestreut hatte. Die Ärzte bekamen durch starke Medikamente die Schmerzen einigermaßen in den Griff, so dass Edmund Kalau nicht zu sehr leiden musste. Gott schenkte ihm eine Zeit des bewussten Abschiednehmens von seinen Kindern, Enkeln und auch dem Urenkel. Bei seinem Heimgang konnte der größte Teil seiner Familie um ihn sein. Mit Edmund Kalau ist ein von Gott begnadeter Visionär von uns gegangen, der in großem Vertrauen auf seinen HERRN immer wieder Dinge in Angriff genommen hat, die anderen unmöglich erschienen. Dabei hat er oft die Macht und das Eingreifen Gottes ganz handgreiflich erlebt. Alles, was durch ihn entstehen durfte, ist letztlich ein Geschenk Gottes. Darum gebührt ihm auch alle Ehre und aller Dank im Blick auf das Leben von Edmund Kalau.

*Info:* Sie starten Rettungsflüge für Kranke und Schwerverletzte, suchen im Tiefflug über dem Ozean nach verschollenen Fischerbooten, werfen nach Katastrophen per Fallschirm Lebensmittel und Medikamente ab. Oft sind sie die einzige Verbindung der weit verstreut liegenden, rund 2.000 Inseln Mikronesiens zur Außenwelt. *Pacific Mission Aviation* (PMA), das sind die fliegenden Samariter der Südsee. 1975 wurde die Missionsgesellschaft von Edmund Kalau ins Leben gerufen. (Pressemitteilung [www.pmadeutschland.de](http://www.pmadeutschland.de) 22.05.14)

### Unterstützung für Westpapua

**Salomonen:** Die Pazifische Kirchenkonferenz (Pacific Conference of Churches, PCC) hat ihre Mitgliedskirchen dazu aufgerufen, sich sehr viel deutlicher als bisher für die Rechte der Menschen in Westpapua einzusetzen und gegen die Übergriffe durch indonesische Sicherheitskräfte zu protestieren. „*In unserer unmittelbaren Nachbarschaft in Melanesien haben wir ein Volk, das unter-*

*drückt wird nur weil es über mehr Selbstbestimmung diskutieren will, aber sie werden mundtot gemacht durch ihre Kolonialherren*“, sagte Generalsekretär Rev. Francois Pihaatae und forderte, die Kirche müsse für die Unterdrückten sprechen und ihnen eine Stimme verleihen, damit den Leidenden Gerechtigkeit zuteil werde. (Pacific Islands Report 08.03.14)

## Religion und Politik getrennt halten

**Fidschi:** Die Methodistische Kirche in Fidschi hat ihre Mitglieder dazu aufgerufen, Religion und Politik getrennt zu halten. Wer für die im September anstehende Wahl kandidieren will, muss seine kirchlichen Aufgaben ruhen lassen. Dies gelte nicht nur für ordinierte Geistliche, sondern auch für alle ehrenamtlichen Mitarbeitenden, wie z.B. Hauskreisleiter, Mitglieder von kirchlichen Gremien etc. (Pacific Islands Report 14.04.14)

## Neue Kathedrale wird eingeweiht

**Samoa:** Am 31. Mai wurde die neue „Kathedrale zur unbefleckten Empfängnis“ für die Erzdiözese Samoa-Apia eingeweiht. Die alte Kathedrale aus dem Jahr 1867 war 2011 abgerissen worden, um für den Neubau Platz zu machen. Drei Meter unter dem neuen Fundament liegt das Grab des einzigen Kardinals der Kirche, Kardinal Pio Taofinu'u, der 2003 verstorben war. Die katholische Kirche ist die zweitgrößte Denomination in Samoa. (Pacific Island Report 01.05.14)